

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Schöneberg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:
die sechsgespaltene Kolonetzelle 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Die Konjunktur in der Brauindustrie.

Die unaufhörlichen, Stimmung verderbenden Niederschläge in diesem Sommer haben den Bierdurst nicht in dem in den Brauereikreisen gehegten Erwartungen entsprechenden Ausmaß aufkommen lassen. Trotzdem sehen die Aktionäre einer erfreulichen Dividendenrente entgegen. Sie ist vorwiegend das Resultat der von den Brauereien durchgeführten „Preisregulierung“. Sie verstanden es, die durch die glorreiche schwarz-blaue Finanzreform dem Biere aufgedrückten neuen Steuern auf die Konsumenten abzuwälzen. Ja, mehr noch: über die Steuererhöhung hinaus wurden verschiedentlich die Preise erhöht. Der Erfolg machte sich schon in den Abschüssen für das Jahr 1910/11 bemerkbar. Die von den Aktienbrauereien erzielte Durchschnittsdividende stellte sich auf 6,30 Proz. gegen 5,75 Proz. für das vorausgegangene Jahr.

Was zunächst den Konsum anlangt, so ist eine, wenn auch nicht gewaltige, so doch immerhin nicht unbedeutliche Steigerung zu konstatieren. Der Malzverbrauch im norddeutschen Steuergebiet, in der Zeit von Januar bis Juni, gestaltete sich folgendermaßen: 1909 3841686 Doppelzentner, 1910 3725822 Doppelzentner, 1911 3843594 Doppelzentner und 1912 3917020 Doppelzentner. Im zweiten Quartal 1911 wurden 9451607 Hektoliter untergäriges und 1731479 Hektoliter obergäriges Bier ausgestoßen, zusammen 11183086 Hektoliter, in der gleichen Zeit dieses Jahres dagegen 9808536 Hektoliter untergäriges und 1458469 Hektoliter obergäriges Bier, mithin zusammen 11267005 Hektoliter oder 83919 Hektoliter mehr. Die Konsumsteigerung dürfte in demselben Tempo angehalten haben. Berücksichtigt man bei der Bewertung der Konjunktur die Einfuhr von Malzgerste, dann ergibt sich folgendes Resultat, Menge in Doppelzentner:

| | | |
|---------|---------|---------|
| 1910 | 1911 | 1912 |
| 527 532 | 754 061 | 571 748 |

Auscheinend hatten die Brauereien große Lager angefüllt, die sie zunächst räumten. Jetzt ist die Einfuhr wieder lebhafter. Wurden doch im August d. J. 59783 Doppelzentner eingeführt, gegen nur 36763 Doppelzentner im gleichen Monat des Vorjahres. Daß die Erzeugung zugenommen hat, kann man aus den Ergebnissen der Brausteuer für die Zeit von April bis August schließen. Während bei anderen Positionen, z. B. Zölle, Tabak, Zigaretten, Zucker usw. die Steuerrücknahme hinter dem Soll zurückgeblieben ist, erbrachte die Brausteuer, einchl. Uebergangsabgaben, mit 52340696 Mark um 3,3 Millionen Mark über den Sollansatz hinaus. Dabei sind die vorhandenen Malzbestände sehr gering. Der wirtschaftliche Ausschuß der Berufs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin veranstaltete eine Umfrage über die Bestände an Hopfen und Malz in den Brauereien. 1079 Brauereien in Deutschland, die zusammen fast die Hälfte der gesamten Biererzeugung in den Brauereien Deutschlands auf sich vereinigten, beantworteten die Umfrage. Danach waren in den Brauereien am 1. August d. J. noch ungefähr 75000 Zentner Hopfen vorhanden, was einer Versorgung mit Hopfen noch bis etwa Ende des Monats November dieses Jahres entspricht. In den außerdeutschen Ländern reichen die Hopfenvorräte der Brauereien noch für vier bis fünf Monate aus. Die Umfrage wegen der Malzbestände wurden von nahezu 1000 Brauereien, mit einem Malzverbrauch von fast 10 Millionen Doppelzentner beantwortet. Die Malzbestände der deutschen Brauereien werden danach auf 5 Millionen Zentner veranschlagt. Die Brauereien sind demnach etwa bis zur Mitte des Monats November d. J. noch mit Malz versehen.

Was nun die weiteren Aussichten anlangt, so spielt zweifellos die Gestaltung der Preise für Rohmaterial eine wesentliche Rolle. Die Hopfenpreise sind im Vergleich mit dem Vorjahre kaum bedeutend gesunken; Braugerste ist im laufenden Jahre etwas

billiger geworden, wie folgende Uebersicht ausweist. Es notierte ein Doppelzentner:

| | Hopfen Münchberg | Malzgerste Breslau Mittelw. |
|--------------|---------------------|--------------------------------|
| Februar 1911 | 250 | 154,50 |
| August 1911 | 500 | 167,— |
| Februar 1912 | 570 | 184,— |
| August 1912 | 180 | 174,50 |

Die Ermäßigung für Hopfen ist ganz bedeutend. Die Preise für Malzgerste sind zwar von ihrem Höchststande wieder abgewichen, halten sich aber immer noch über dem Stande vom vorigen Jahre. Aber es ist mit einem weiteren Nachlassen zu rechnen, obwohl der Preis im September zunächst noch wieder etwas angezogen hat. In Ungarn und Mähren ist die Gerstenernte gut ausgefallen. Das ist für die Gestaltung des Marktes von Bedeutung. Im allgemeinen wird von einer „guten“ Mittelernte berichtet; jedenfalls sind die Befürchtungen, die man wegen der übermäßigen Regenfälle in bezug auf die Gerstenernte hegte, durch das nachfolgende herrliche Sommerwetter in Ungarn gegenstandslos geworden. Die Brauereien sind, wie ausgeführt, meistens bis zum Verland der neuen Ernte versorgt. Daher muß das zu erwartende größere Angebot schon bald sich in der Preisbewegung bemerkbar machen.

Daß die Ergebnisse des Geschäftsjahres 1911/12 hochgespannten Erwartungen genügen können, beweist der erste veröffentlichte dieser Jahresabschlüsse. Es ist der der Tucher Brauerei A.-G. Nürnberg. Die Dividende beträgt wieder 14 Prozent. Die Dortmunder Aktien-Brauerei — Geschäftsschluß Ende September — gedenkt nach einer Mitteilung der Verwaltung wieder 20 Prozent Dividende herauszubringen. Die Aktionäre der Schlegelbrauerei dürfen auf 10 Prozent rechnen. Die Müller-Brauerei, A.-G., Langendreer, erhöhte die Dividende von 7 auf 7½ Prozent. Die Oberschlesische Bierbrauerei A.-G., vormals E. Gaendler in Zabrze, teilt mit, daß sie mindestens wieder die vorjährige Dividende (5½ Prozent) zur Verteilung bringen werde. Die Abschlüsse weisen meistens höhere Gewinne nach, aus Vorzicht verzichtet man vielfach auf die Ausschüttung höherer Dividenden. Und fast alle Verwaltungen lassen erkennen, daß sie für das entweder schon laufende oder für das nächste Jahr auf erhöhte Ausschüttungen rechnen.

Wenn die günstige Gestaltung der Verhältnisse keine Steigerung der Aktienkurse hervorruft, dann ist das wohl hauptsächlich dem Umstande der Hochkonjunktur in der Montan- und Eisenindustrie zuzuschreiben. Die Spekulation stürzt sich vorwiegend auf die Papiere solcher Unternehmungen, von denen man glaubt, daß sie mit ihren Abschüssen die bisherigen Schätzungen immer wieder überholen werden. Die Kurse der Brauereiaktien sind schon längst auf eine übernormale Höhe hinaufgetrieben worden. Hier ein paar Zusammenstellungen über frühere und heutige Kurse:

| | 1908 | 25. September | 1912 |
|------------------------|--------|---------------|--------|
| Pasenhöfer | 229,5 | 207,6 | 250,— |
| Schöneberger Schloßbr. | 173,— | 167 | 225,— |
| Schultheiß | 225,— | 224,5 | 246,50 |
| Viktoria-Brauerei | 101,25 | 91,10 | 109,50 |
| Dortmunder Aktien | 326,75 | 315,— | 376,— |
| Dortmunder Union | 316,50 | 286,— | 439,— |
| Brauhaus Nürnberg | 117,— | 111,25 | 186,75 |
| Reichelbräu | 174,— | 168,75 | 195,— |

Nicht zu verkennen ist nun, daß die anhaltende Schärfe der Lebensmittelvertenerung dem Bierkonsum nicht förderlich ist. Ganz zweifellos wird bei den am ehesten entbehrlichen Nahrungs- und Genußmitteln zuerst geipart. Mancher, der sonst keine „Gläschen“ trank, verzichtet nun darauf, um der Familie nicht gänzlich die Fleischnahrung entziehen zu müssen. Den Brauereien mag nun auch mancher Verlust durch zahlungsunfähige Wirte entstehen. Trotzdem haben sich, wie schon dargelegt, die Verhältnisse für das Brauergewerbe günstig entwickelt.

Von wesentlicher Bedeutung für den Groß-Berliner Markt ist die abgeschlossene Konvention. Ihr gehören über 20 Mitglieder an. Ihre Hauptaufgabe

soll die Regelung der Preise sein. Sie begann mit der Festlegung eines Konventionspreises, der mit kleinen Differenzen sich auf der Grundlage von 20 Mark bewegt. Diese Regulierung war so herlockend, daß nun die Niebeckbrauerei hoffte, in Berlin ein großes Geschäft machen zu können, indem sie die Konventionspreise unterbietet und auch versucht, nicht nur auf größere Ausschäfte, sondern auch auf Berliner Brauereien maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Welche Formen der Wettbewerb annehmen wird, läßt sich noch nicht beurteilen. Das Ende von dem Liede wird allerdings wie gewöhnlich das sein, daß Niebeck der Konvention sich anschließt, sobald man ihm ein entsprechend großes Kontingent vom Gesamtabsatz garantiert.

Bei der ganzen Entwicklung werden die Wirte immer abhängiger vom Braukapital; sie sind meistens nur noch Bierverfeisler unter der Kontrolle der Brauerei. Mit dem engeren Zusammenschluß der Brauereien wird aber auch die Bewegungsfreiheit der Brauereiarbeiter gefährdet. Das darf man nicht übersehen; entsprechende Gegenmaßnahmen müssen getroffen werden. Die können nur auf dem Gebiete der Organisation liegen. Der Geschlossenheit des Braukapitals müssen die Arbeiter ihre eigene reiflose Einigkeit als Wehr gegenüberstellen. Nur wenn das geschieht, können die Arbeiter darauf rechnen, auch in Zukunft ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Lebensmittelsteuerung.

III.

Was geschieht zur Linderung der Lebensmittelsteuerung und was muß geschehen?

Werden die Gemeinden und die Regierung ihren Aufgaben gerecht, so ist die Behebung der Lebensmittelsteuerung und der Fleischnot mit Sicherheit zu erwarten. Durch die Deffnung der Grenzen für die Einfuhr von Lebendvieh und frischen Fleischwaren, durch die Beseitigung der schiffländischen und agrarfeindlichen Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, durch die Aufhebung der Getreide-, Lebens- und Futtermittelzölle ist am ehesten eine Erleichterung zu erwarten. Die Regierung ist jedoch nicht gewillt, diesen Weg zu beschreiten. Sie erkennt diese ihre Aufgaben nicht an und das Reichskanzlerblatt tut so, als ob diese dringenden Aufgaben nicht einmal vorhanden wären. So schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am Schluß eines Artikels Ende August, nachdem sie die Agrarier in Schutz genommen hatte, folgendes:

„Schließlich sei bemerkt, daß die Schlachtvieheinfuhr aus dem Auslande neuerdings Erleichterungen erfahren hat, insbesondere, abgesehen von der zeitweiligen Deffnung der Grenzen für französisches Schlachtvieh, die allerdings wegen bedrohlichen Umtriebs der Maul- und Klauenseuche in Frankreich wieder haben geschlossen werden müssen (!), aus Schweden über die neuerbaute Quarantäne in Saknis und einige andere vorhandene Quarantänen. In den Monaten Mai bis Juli d. J. sind dorthin 6083 Rinder eingeführt worden. Sie haben allerdings ihren Weg nach Berlin nicht oder nur in verschwindender Zahl gefunden. Es ist auffallend, daß sich der Berliner Schlachtviehhandel diese Bezugsquelle noch nicht zunutze gemacht hat.“

Daneben ist bekanntlich die Fleischeinfuhr aus allen Ländern (?) ganz oder teilweise gestattet (?). Diese Einfuhr ist bis Juli 1912 einschließlich gegenüber den gleichen Zeiträumen des Vorjahres um rund 107000 Doppelzentner gestiegen, wovon auf Berlin 17000 Doppelzentner entfallen sind. Wenn trotzdem die ausländischen Zufuhren an Vieh und Fleisch den deutschen Markt nicht merkbar zu beeinflussen vermocht haben, so beruht dies darauf, daß die Schlachtvieh- und Fleischsteuerung eine internationale Erscheinung ist (?). Deshalb kann auch von der weiteren Zulassung ausländischen Schlachtviehs, abgesehen von ihrer veterinärpolizeilichen Bedenlichkeit, keine wesentliche Preisverminderung erwartet werden.“

Diese offiziöse Auslassung des Reichskanzlerblattes läßt so recht erkennen, daß der Regierung die Interessen jener einflußreichen Volksschicht, denen allein die

Wirklungen der „bewährten Wirtschaftspolitik“ zum Vorteil ausbleiben, mehr gelten, als die Interessen der Gesamtheit. Die Tatsachen werden ganz erstickt und arg verdreht. So wird wohl gesagt, daß die Fleischenergie eine internationale Erscheinung ist, es wird aber verschwiegen, daß ein weiteres rapides Steigen der Fleischpreise nur in Deutschland zu verzeichnen ist und daß die Schlachtvieh- und Fleischpreise nirgend so hoch sind, wie in Deutschland. Was will da die Steigerung der Einfuhr, auf die das Blatt besonders hinweist, besagen? Sie fällt schon im Hinblick auf die Bevölkerungszunahme gar nicht ins Gewicht. Dazu kommt, daß die Einfuhr durch Zollschilfen und Sperrmaßnahmen ungebührlich verteuert wird. Weiter wird behauptet, daß die Fleischenergie aus allen Ländern ganz oder teilweise gestattet sei. Schon die Wundung „teilweise“ läßt die Mache erkennen, deren Faden- einigkeit die Regierung keineswegs ihrer Aufgaben enthebt. Es soll eben alles beim alten bleiben! Deshalb erklärt das Blatt in aller Seelenruhe noch zum Schluß, daß von einer weiteren Erleichterung der Einfuhr keine wesentliche (!) Preisverminderung zu erwarten sei.

Diese Behauptungen werden widerlegt durch die Berichte der Tageszeitungen, daß die Grenzbevölkerung in ganzen Karawanen über die Grenze zieht, um billiges Fleisch zu kaufen, obwohl nicht mehr als vier Pfund auf einmal über die Grenze gebracht werden dürfen. Die Grenzen sind also trotz der gegenteiligen Behauptung des Reichsanzeigers geschlossen und von einer weiteren Erleichterung der Einfuhr wäre dennoch eine „wesentliche“ Preisermäßigung zu erwarten. Undernfalls hätte es ja keinen Zweck, über die Grenze zu wandern, um Fleisch zu kaufen. Die Vorbedingungen für die Massenwanderungen der Grenzbevölkerung sind eben Grenzsperrmaßnahmen, „wesentlich“ billigeres Fleisch des Auslandes. Vielleicht glückt es den parlamentarischen Vertretern des arbeitenden Volkes noch einmal, der Regierung diesen Umstand klar zu machen.

Es scheint aber doch, als ob der Reichsregierung etwas von ihren Pflichten und Aufgaben gegenüber der Lebensmittelerzeugung und Fleischnot bewußt wäre. Denn der Bundesrat hat Vorschriften erlassen, die die bisher geltenden Ausführungsbestimmungen über das Fleischbeschaugesetz in einigen Punkten abändern. Aber diese Maßnahme bedeutet eine weitere Verteuern gewisser Fleischsorten. Das durch Pökeln brauchbar gemachte Fleisch finniger Tiere wurde bisher für bedingt tauglich erklärt und auf die Freibank verwiesen. Diese Beschränkung wird nun für das gepökelte Fleisch einseitiger Rinder aufgehoben und dem freien Verkehr überantwortet. Das bisher auf der Freibank billiger verkaufte Fleisch wird nunmehr zu den allgemeinen teureren Preisen verkauft! Weiter gestatten die neuen Vorschriften des Bundesrates die Einfuhr von Pferdebärgern und eine Milderung des Verfahrens bei Beanstandung von Tierkörpern wegen Rottstieber. Das sind Maßnahmen, die in keiner Weise geeignet sind, eine Milderung des allgemeinen Notstandes herbeizuführen.

Und was haben die Gemeinden getan? Nichts oder nicht viel. Aus einigen Teilen des Reiches kommen Nachrichten, daß die Gemeinden sich mit Eingaben an die Landesregierungen wenden oder wenden wollen, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß die Einfuhr von Schlachtvieh, frischen und zubereiteten Fleisches erleichtert, der Zoll für dänisches Fleisch und für Futtermittel aufgehoben werde. Geizhähler der unbegründeten Verteuern durch den Zwischenhandel aber geschlecht nichts und die Händler und Innungsmeister diktieren nach wie vor die Preise. Diese Diktatur hat in Württemberg zu einem Boykott gegen die Fleischmeister geführt. Den Arbeitern wird die Durchführung dieses Boykotts nicht schwer fallen, da die ungewöhnlich hohen Preise eines Fleischgenusses kaum noch gehalten. Schlecht entlohnte Arbeiter und kinderreiche Arbeiterfamilien müssen schon längst dem Fleischgenuss entlagen. Den Fleischmeistern, die aus dem Anzeichen der Preise für Schlachtvieh noch ein besonderes Geschäft für sich machen wollen, schadet es nichts, wenn ihnen eine empfindliche Lektion erteilt wird. Vielleicht werden die Gemeinden dadurch auch veranlaßt, sich ihren Aufgaben mehr als bisher zuzuwenden. Das bezweckt auch ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten der Stadt München, der wie folgt lautet:

„Der Magistrat wolle im Hinblick auf die im kommenden Winter zu erwartende große Arbeitslosigkeit . . . und in Anbetracht der gemeinwärtlichen, noch nie erreichten Teuerung aller notwendigen Nahrungsmittel beschließen: Der Bundesrat ist zu ersuchen, sofort die Einberufung des Reichstags zu veranlassen und diesem eine wenigstens zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel und die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh in Vorschlag zu bringen. Außerdem soll durch Änderung der einschlägigen Bestimmungen die Einfuhr frischen und zubereiteten Fleisches sowie die Einfuhr von Geflügelern ermöglicht werden. Ferner sind die zuständigen Organe der Stadtverwaltung zu beauftragen, dem Magistrat unverzüglich Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet erscheinen, zur Vinderung der Not beizutragen und die Versorgung der Bevölkerung

mit Nahrungsmitteln aller Art zu erschwinglichen Preisen zu fördern.“

Nur solche Maßnahmen sind dazu angetan, der Lebensmittelerzeugung im Interesse der breiten Massen des Volkes wirksam zu begegnen. Von selbst kommen sie aber nicht. Es bedarf des unbeirrten und energiegelassen Eintretens der arbeitenden Massen für diese Forderungen und Maßnahmen, um sie zu verwirklichen. Hinweg mit der agrarischen Wirtschaftspolitik!

Grundfragen des Gewerberechts.

II.

Der Lohn muß im allgemeinen in bar ausgezahlt werden. Die „Anrechnung“ gegen den Lohn ist verboten; leider lassen aber viele Gewerbegerichte die „Zurückbehaltung“ gelten, obwohl dies tatsächlich auf dasselbe hinauskommt. In beiden Fällen bekommt der Arbeiter nichts oder wenig in die Finger. Unseres Erachtens muß auch die „Zurückbehaltung“ soweit verboten sein, als das Lohnbeschlagnahmengesetz den Lohn der Arbeiter sichert, das heißt, bis zur Grenze von 1500 Mk. im Jahre. Steuern dürfen nur abgezogen werden, soweit sie nicht länger als drei Monate fällig geworden sind. Im Umfange des Lohnbeschlagnahmengesetzes sind auch alle Rechtsgeschäfte, die Verfügungen über künftige Lohnanteile darstellen, rechtsungültig. Das gilt z. B. für Vereinbarungen, wonach der Unternehmer einen bestimmten Lohnanteil an den Kostwirt, den Händler usw. zahlen soll. Solche Abreden sind vor dem Gesetz nichtig, soweit der Lohn unter 1500 Mk. bleibt. Das gleiche gilt für Bestimmungen der Arbeitsordnungen oder auch der Tarifverträge, insofern die Arbeiter allgemein auf die Rechtswohltat des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches verzichteten, wonach der Arbeiter auch dann Anspruch auf Lohn hat, wenn er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert ist, also bei Krankheit, bei militärischen Übungen usw. Auch dies ist wenig bekannt, zum Schaden der Arbeiter.

„Unverhältnismäßig hohe“ Strafen können durch Gerichtsurteile auf „angemessene“ Beträge herabgesetzt werden.

Wo der Lohn in Liten, Beuteln usw. ausgezahlt wird, tun die Arbeiter gut, sofort an Ort und Stelle unter Zeugen nachzusehen, ob der Inhalt mit dem auf der Lüte angegebenen Betrag übereinstimmt. Nach dem § 363 des Bürgerlichen Gesetzbuchs trifft den Arbeiter die Beweislast, wenn er eine als Erfüllung gebotene Leistung annimmt und sie dann nicht gelten lassen will, weil sie unvollständig gewesen sei. Wenn der Arbeiter die Lohnlüte erst zu Hause öffnet, so wird er höchstens seine Familienangehörigen als Zeugen haben. Die aber gelten vor Gericht als Zeugen nicht viel. Die Bemerkung auf dem Lohnbeutel, daß der Inhalt „dreimal nachgezählt“ sei und daß Reklamationen gegen die Richtigkeit des vermerkten Betrages „nicht angenommen“ würden, verpflichtet zu nichts; auch bei öfterem Zählen können Irrtümer vorkommen, abgesehen davon, daß ja auch der zuletzt an die Reihe kommende absichtlich falsch zählen sowie daß eine Abrede unter den Nachzählenden bestehen kann. Fälle, wo die Lohnlüten „nicht stimmen“, kommen ja gar nicht so selten vor.

Wenn eine Lohnbewegung in einen Streik ausläuft, sah sich schon mancher Arbeiter dadurch benachteiligt, daß er verpflichtet wurde, angefangene Akkordarbeiten oft über die übliche Kündigungszeit hinaus fertigzustellen. Daraus ergibt sich die Lehre, bei in Aussicht stehenden Streiks keine Akkordverträge abzuschließen, die lange Zeit zur Ausführung beanspruchen. Man schließe dann Teilverträge. Andererseits können die Arbeiter auch die Unternehmer haftbar machen, wenn sie bei Aussperrungen oder sonst nur die allgemein geltende Kündigungsfrist beachten, ohne die etwa länger laufenden Akkordverträge zu berücksichtigen.

„Ich hatte mich doch entschuldigt.“ so heißt es vielfach, wenn Arbeiter ausbleiben und wenn sie dann wohl bestraft oder gar entlassen werden. Man glaubt, daß die bloßen Worte genügen. Natürlich kommt es bei der Entschuldigung auf die sachliche Begründung an und darauf, ob diese stichhaltig ist. Da kommt vieles in Frage; die Verhältnisse des Arbeiters und die im Gewerbe. Man muß dem Unternehmer im allgemeinen zugeben, daß er in der Lage sein muß, einen regelmäßigen Fortgang des Betriebes zu ermöglichen, daß er also auf das regelmäßige Erscheinen der Arbeiter muß rechnen können. Oft genug wird dies ja vom Unternehmer zu scharf genommen und jede Freiheit des Arbeiters ausgeübt. Jedenfalls ist die einfache „Entschuldigung“, ohne auch nur einen berechtigten sachlichen Grund vorzubringen, vor dem Gesetz nicht genügend, wenn ein Arbeiter seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Unternehmer sollten auch bedenken, daß das „Feiern“ da am meisten vorkommt, wo keine geregelte Arbeitszeit herrscht. Kämen die Unternehmer da mehr entgegen, dann bräuchten sie weniger über Unregelmäßigkeit zu klagen.

Jugendliche (minderjährige) Arbeiter haben im allgemeinen nicht das Recht, selbständig Arbeitsverträge zu schließen. Wo es geschieht, sind sie rechts-

ungültig, wenn nicht der Vater oder der Vormund nachträglich zustimmt oder die Erlaubnis allgemein oder für den besonderen Fall gegeben hat. Die Unternehmer kümmern sich durchgängig nicht um diese Bestimmungen.

Wenn sich die Arbeiter um die Fragen des Gewerberechts kümmern, stoßen sie auch gleich darauf, wie wichtig die Zusammenziehung der Gewerbegerichte ist, die ja über die Streitfragen gewerblicher Natur entscheiden. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts soll unparteiisch sein; er wird aber fast immer aus Kreisen genommen, die dem Fühlen und Denken der Unternehmer weit näher stehen als dem der Arbeiter! Um so wichtiger wird es da, daß die Arbeiter darauf achten, ob bei der Hälfte der Weisiger, die von ihnen gewählt werden, auch das Klassen- und Rechtsempfinden der Arbeiter bei ihrer Tätigkeit zum Ausdruck kommt. Die Anschauungen über das, was Recht ist, sind ja verschieden je nach dem Interesse der Klassen. Die Unternehmer haben mancherlei Machtmittel, um ihre Ideologie auch den Arbeitern vorzutauschen. Die Arbeiter können aber zu Weisigern am Gewerbegericht keine Leute gebrauchen, denen auf diese Art von den Feinden ihrer Klasse das Rückgrat gebrochen wurde, die sich in ihrem Denken und Fühlen von den feindlichen Interessen des kapitalistischen Unternehmertums mitziehen lassen, die nicht geistig selbständig auftreten. Die Arbeiterschaft braucht Leute als Weisiger, die das Recht, das mit uns, den Arbeitern, geboren und von dem ja leider nie die Frage ist, empfinden und ihm zur Anerkennung verhelfen.

In diesem Sinne arbeiten die organisierten Arbeiter bei den einschlägigen Wahlen. Und um den Zweck besser zu erreichen, kümmern sie sich auch um die Wahlen der Unternehmerbeisitzer. Die Arbeiter suchen den Einfluß ihrer Organisation auch da in die Waagschale zu werfen. Können dann die Formaljuristen als Vorsitzende nicht überzeugt werden, so werden sie eben überstimmt.

Falsche Zahlen.

In Nr. 36 der „Verbandszeitung“ haben wir unter obigem Titel eine Abhandlung des Herrn Göhring-Bremerhaven, die unter dem hochklingenden Titel: „Die Arbeitskämpfe in Gewerbe und Industrie in Deutschland im letzten Jahrzehnt unter besonderer Berücksichtigung des Braugewerbes“ in Nr. 200 der „Allgemeinen Brauer- und Hopfenzeitung“ erschien, einer Kritik unterzogen. Der Zweck unserer Kritik war, wie gesehen, darzutun, daß es Herrn Göhring mit seiner Abhandlung darum zu tun war, gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter scharf zu machen, und daß er dabei falsches Zahlenmaterial verwandte. Das ist Herrn Göhring unbenommen und er kommt in Nr. 219 der „Allgemeinen Brauer- und Hopfenzeitung“ auf unsere Kritik zurück. Anstatt aber die Unrichtigkeit unserer Ziffern nachzuweisen und für seine den Nachweis der Richtigkeit zu erbringen, begnügt er sich mit der mühseligen Behauptung: es sei feststehende Tatsache, daß die Gewerkschaftspresse sich ständig bemühe, Äußerungen von gegnerischer Seite für irrig und falsch zu erklären. Solange Herr Göhring sich nicht der Mühe unterzieht, nachzuweisen, wie er zu seinen Zahlen kommt, und daß diese richtig sind, bleiben wir bei unserer Behauptung.

Sinnföhllich des mit dem falschen Zahlenmaterial verfolgten Zweckes wird Herr Göhring in seiner Erwiderung etwas deutlicher. Gleich einleitend sagt er:

„In meiner Abhandlung lag es mir in der Hauptsache daran, ein Bild zu geben, welches ungeheurer (!) Schaden der deutschen Volkswirtschaft durch die leider auch noch stetig mehrwährende Streikbewegung zugefügt wird.“

Um diesen Beweis scheinbar zu erbringen, muß man die durch die Streiks verlorenen Arbeitstage recht hoch erscheinen lassen. Das geschah in dem Artikel des Herrn G., denn er hatte in 40 Streiks, die der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband innerhalb 3/4 Jahren geführt haben soll, 67 020 Tage Arbeitszeitverlust ermittelt, während nach den Aufzeichnungen unseres Verbandes bei 103 während des ganzen Jahres 1911 stattgefundenen Streiks nur 48 277 Tage Arbeitszeitverlust festgestellt wurden. Herr Göhring sagt entschuldigend, weil die Statistik des statistischen Amtes sich nicht auf die Feststellung der verlorenen Arbeitstage bei Streiks beziehe, habe er sich an die Ermittlung dieser Ziffern heranmachen müssen. Wenn schon das statistische Amt auf die Ermittlung solcher Ziffern verzichtet, so sollte das Herrn Göhring Beweis genug sein, daß sich solche Ziffern durch dritte Personen überhaupt nicht ermitteln lassen. Die Streikenden werden seitens der Gewerkschaften unterstützt. Die ausgezahlte Unterstützung wird quittiert. Nach Aufhebung des Streiks wird Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Alle diese Quittungen liegen bei Bearbeitung der Streikstatistik vor. Desgleichen die Wochenberichte, die regelmäßig an die Vorstände eingeleitet werden müssen.

Herr Göhring ist bei seinen Ermittlungen gründlich hineingefallen. Das kann auch anderen Streik-

lichen passieren, wenn sie sich auf fremde Gebiete begeben. Nur darf man nicht solche unkontrollierbaren Angaben benutzen, um Beweise damit erbringen zu wollen. Tut man dies dennoch, muß man sich gefallen lassen, wenn einem auf die Finger geklopft wird.

Der Hinweis, den Herr Göhring in seiner Erwiderung auf gelegentliche Auslassungen des „Correspondenzblattes“ bezüglich Ermittlung der verlorenen Arbeitstage macht, trifft daneben. Wenn, um ein Beispiel anzuführen, von 100 stattgefundenen Streiks 30 innerhalb einiger Stunden ihre Erledigung finden, wenn in den 30 Fällen es die Unternehmer zu Betriebsstörungen nicht erst kommen lassen, so kann selbstverständlich für diese 30 Fälle ein Verlust an Arbeitstagen nicht festgestellt werden, weil keiner vorhanden ist. So wird das Streikmaterial bearbeitet und so sind die Auslassungen des „Correspondenzblattes“ aufzufassen. Aber auch dann, wenn es anders wäre, würde der von Herrn G. zitierte Hinweis des „Correspondenzblattes“ in bezug der verlorenen Arbeitstage durch Streiks in der Lebens- und Genussmittelindustrie nichtsagend sein.

Nun sucht Herr G. nach einem Strohhalm und glaubt ihn zu finden in der verschiedenartigen Darstellung der Erfolgsgrade der Streiks in der amtlichen Statistik gegenüber der Gewerkschaftsstatistik. Hinsichtlich der Lebens- und Genussmittelindustrie kommt er zu folgendem Ergebnis:

Gewerkschaftsstatistik.

Table with 6 columns: Jahr, Kämpfe, Erfolg der Arbeiter (voller, teilweiser, ohne), unerheblich oder unbek. Rows for 1909 and 1910, and Amtliche Statistik for 1909 and 1910.

Mit diesen Ziffern wird nur die Mangelhaftigkeit der amtlichen Statistik bewiesen. Es ließen sich vielleicht noch scheinbare Vergleiche ziehen, wenn die Zahl der Kämpfe in den beiden Statistiken miteinander korrespondieren würde. So weist aber die amtliche Statistik 28 bzw. 29 Kämpfe weniger auf wie die Gewerkschaftsstatistik, nicht eingerechnet die seitens der gewerkschaftlichen Gewerkschaftsrichtungen allein geführten Streiks. Will man den Grad des Erfolges ermitteln, so muß einem mindestens dreierlei vorliegen:

- 1. die Verhältnisse vor Einreichung der Forderungen bzw. vor dem Streik;
2. die Forderungen;
3. die durch den Streik erzielten Verbesserungen; und muß man die Punkte kennen, auf welche die Parteien das Schwergewicht bei den Verhandlungen legen.

Wir bezweifeln, daß den Bearbeitern der amtlichen Streikstatistik solches Material vorliegt. Damit zweifeln wir die amtliche Streikstatistik als solche selbst an. Will Herr Göhring mit den Zahlen etwas zu beweisen versuchen, dann muß er sich klarer Quellen bedienen, nicht aber solche Zahlenspielerei aufzuführen, wie in den beiden Nummern der „Allgemeinen Brauer- und Hopfenzeitung“: der seinerzeitige Reinfall mit seinen tariflichen Lohnangaben in der Brauindustrie sollte Herrn G. doch schon etwas vorsichtiger gemacht haben. Sonst könnte er sich den Vorwurf der böswilligen oder fahrlässigen Tendenznahme zuziehen, der seine Berechtigung erhielt durch den Zweck seiner Arbeit, der auch besonders im Schlußsatz des letzten Artikels durchklingt:

„Es muß etwas getan werden hinsichtlich des Schutzes der Arbeitswilligen und des Eigentums des Unternehmers gegen die Ausschreitungen der sozialdemokratischen Verbände.“

Auf die sonstigen Auslassungen des Herrn G. bezüglich Lohnverluste und errungene Vorteile, über Streikunterstützung, Ursache und Zweck des Kampfes wollen wir nicht weiter eingehen, weil Herr G. darüber jede Kenntnis fehlt, und weil er auch durch Verallgemeinerung eines einzelnen Falles und einer einzelnen, dazu noch mißverständlichen oder absichtlich falsch verstandenen, dazu noch längst widerlegten Äußerung beweist, daß man ihn nicht gar zu ernst nehmen darf.

Der sozialdemokratische Parteitag zu Chemnitz.

Das Eintreten und Wirken der sozialdemokratischen Partei für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse rechtfertigt es, an dieser Stelle einen Überblick über die Verhandlungen des Parteitages zu geben, der vom 15. bis 21. September in Chemnitz stattgefunden hat. Naturgemäß kann eine zusammenfassende Betrachtung über eine Tagung, die eine volle Woche umfaßt, nicht erschöpfend sein, manche minder wichtige Einzelheiten müssen übergangen, andere können nur angedeutet werden.

Im Hinblick auf den großen Sieg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im letzten Winter, hätte man es begreiflich gefunden, wenn aus dem Parteitag so eine Art Siegesfeier geworden wäre. Aber das war nicht der Fall. In ruhiger Sachlichkeit, die nur an wenigen Stellen durch leidenschaftliche

Töne unterbrochen wurde, erledigte der Parteitag seine äußerst umfangreiche Tagesordnung; bei keiner Gelegenheit machte sich unter den Teilnehmern das Gefühl triumphierender Ueberhebung bemerkbar. Nur die überaus starke Verzeichnung des Parteitags läßt mit dem großen Wahlerfolg in Zusammenhang zu stehen. Die Wahlkreise, die sich nur irgendwie leisten konnten, wollten vertreten sein auf der ersten großen Revue nach beendeter Schlacht. Einschließlich 17 ausländischer Gäste zählte der Parteitag 527 Teilnehmer, eine Zahl, die keiner seiner Vorgänger je erreicht hat.

Dem vom Vorstandsmittglied Ebert erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Partei am Schluß des letzten Geschäftsjahres 970 112 Mitglieder zählte, von denen 133 550 im letzten Jahre gewonnen hat. Von den 397 Wahlkreisen, in die das Deutsche Reich zerfällt, besitzen jetzt 390 sozialdemokratische Wahlkreisorganisationen. Die Gesamtzahl der Ortsvereine beträgt 4827. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Redner der Frage der Jugendorganisation. Seitdem die Arbeiterbewegung daran gegangen ist, die Jugend in Vereinigungen zusammenzuschließen und über den dürftigen Bildungsgrad unserer Volksschule hinaus mit dem Wissen auszurüsten, das sie im späteren Lebenskampfe braucht, sind auch auf bürgerlicher Seite Jugendbewegungen ins Leben gerufen worden, die den Volksnachwuchs im Geiste des Surrapatriotismus heranzubilden bestimmt sind. Gegenüber diesen Bemühungen muß alles aufgegeben werden, um den Geist der Freiheit und der Solidarität in der Arbeiterjugend zu pflegen. Unterstrichen wurde auch der Fortschritt, den die Parteipresse im allgemeinen im letzten Jahre gemacht hat. Sie hat 170 000 Abonnenten gewonnen. Auch der Massenbericht schließt sehr günstig ab. Trotzdem der Wahlkampf der Zentralkasse eine Ausgabe von 900 000 Mk. auflegte, wurden den Reserven der Partei nur 56 000 Mk. entnommen. Die Bezirks- und Wahlkreisorganisationen brachten daneben noch 2 385 000 Mk. für die Wahlagitation auf. Nach einer einen vollen Tag ausfüllenden Diskussion wurden eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, von denen uns die folgenden wichtig scheinen.

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisationen zu machen.

Eine scharfe Protestresolution wendet sich gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Es war selbstverständlich, daß sich der Parteitag auch mit der beispiellosen Teuerung, die zurzeit die Massen des Volkes bedrückt, beschäftigen werde, obgleich dieser Gegenstand in der schon vor Monaten aufgestellten Tagesordnung nicht enthalten war. Der Abgeordnete Scheidemann erstattete ein die Ursachen der Lebensmittelerhöhung erforschendes Referat, in dem er zugleich mit durchschlagenden Gründen eine Reihe von Abhilfemaßnahmen forderte. Der Parteitag sah von einer Diskussion des nach allen Richtungen befriedigenden Referats ab und nahm einstimmig eine Resolution an, die ihres klaren Gedankenganges wegen hier im Wortlaut mitgeteilt sei:

„Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichumsvermehrung der Besitzenden geführt hat, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampfereigenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegenstand der Verelendung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.“

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schulzollpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Teuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftsteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrzölle, die Aufhebung aller Lebensmittelszölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleisch-

zölle, die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerlässlicher gesundheitlicher Uebersichtungsmaßregeln und entsprechende Abänderung des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbesam, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Geflügelfleisch dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Schatzmacher, welche die Ausbeutung des Volkes durch ihre Fiktionspolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das schackin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erlöschen. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerlässlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Unfähigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen.

In die ohnedies reichhaltige Tagesordnung wurde noch die Frage des Bergarbeiterschutzes eingeschoben, die durch die wiederholten Grubenkatastrophen der letzten Monate, besonders durch das Massenunglück auf der Zeche „Lothringen“ wieder aktuell geworden ist. Der frühere Abgeordnete für Bochum, Otto Sue, der aus seiner praktischen Bergmannserfahrung die Verhältnisse im Bergbau genau kennt, erstattete das Referat, das den Ursachen der früheren Katastrophen gründlicher nachforschte als die Bergbeamten, die den Kaiser auf der Zeche „Lothringen“ über die Einzelheiten jenes Unglücks „unterrichteten“. Indem sich der Parteitag von diesem praktischen Fachmann, der mitten unter der Masse der Bergleute steht, Vortrag halten ließ und seinen Forderungen zustimmte, bewies er, daß er es nicht mit billigem Beileid für die Hinterbliebenen der getöteten Bergleute genug sein lassen will. Sue wies nach, daß von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems wider besseres Wissen die Behauptung aufgestellt wird, für den Schutz der Bergarbeiter sei hinreichend gesorgt. Der Bergarbeiterschutz in Deutschland steht zurück hinter dem des Auslandes. In der Resolution, die nach eingehender Begründung durch Sue vom Parteitag einstimmig angenommen wurde, wird daher die Reichstagsfraktion beauftragt, erneut eine reichsgerichtliche Regelung des Bergarbeiterschutzes zu beantragen, wobei mindestens festgelegt werden soll:

- 1. Eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens acht Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Ueberzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders nassen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen;
2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige berufliche Vorbildung mangelt;
3. Vorschriften über die Erzielung und Anrechnung eines Arbeitslohnes, der dem schmeren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht;
4. Anstellung von Grubenkontrolluren, mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet;
5. Bereithaltung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfallopfer, Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauter Mannschaften;
6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Padeanstalten (Brausebäder) auf allen Werken.

Viel umstritten war vor dem Parteitag in der Presse und in Versammlungen die Aenderung des Organisationsstatuts, die von einer im Vorjahre eingesetzten Kommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand vorgeschlagen worden war. Auf dem Parteitag erlebte man die Ueberraschung, daß der Entwurf, der in einer nochmaligen Vorberatung einige geringfügige Aenderungen erfahren hatte, gegen eine geringe Minderheit angenommen wurde. Die Reichstagsabgeordneten sollen auch künftig als Vertrauensmänner ihrer Wahlkreise vollberechtigte Mitglieder der Parteitage sein. Der viel angefochtene neue Parteiauschuß wurde genehmigt. Er setzt sich aus Vertretern der Bezirksorganisationen zusammen, ist mindestens alle Vierteljahre einmal einzuberufen und hat den Parteivorstand in allen wichtigen Fragen des politischen und des inneren Parteilebens zu beraten. Der von anderer Seite gemachte Vorschlag, dem Parteivorstand einen politischen Beirat von etwa 7 Mitgliedern zur Seite zu geben, der von vielen Parteiverfassungen großer Parteiorde unterstützt war, fand auf dem Parteitag nur noch bei einem kleinen Teil der Delegierten Anklang. Von dem neuen Parteiauschuß verspricht man sich eine Pflege der Verständigung über die verschiedenartigen politischen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen, namentlich in Nord und Süd.

Allgemeine Bedeutung kommt dem Referat des Abgeordneten Scheidemann über die Reichstagswahlen zu. Es handelte sich dabei besonders um die Rechtfertigung des vom Parteivorstand mit

den Fortschritten abgeklärten Stichwahlkommens, das in 16 Stichwahlkreisen die „Dämpfung“ des Wahlkampfes anordnete. Der Vertreter des Vorstandes hatte derart gute Gründe für diese Wahlakt, die auf die Vertiefung der blauschwarzen Reichstagsmehrheit abzielte, vorzubringen, daß die erdrückende Mehrheit des Parteitag es ihm zustimmte. Sein Grundgedanke war: Die Taktik der Partei ist den Erfordernissen des Augenblicks anzupassen und im gegebenen Moment sind alle Kräfte auf einen Punkt zu konzentrieren. Ein förmlicher Beschluß wurde zu dieser Frage nicht gefaßt, aber es war kein Zweifel, daß die große Mehrheit die Haltung des Vorstandes billigte.

Am Anschließ an den Bericht über die Reichstagsläufigkeit wurde eine Resolution angenommen, die einen gesetzlichen Kampf gegen die „Musschreitungen“ der Arbeitwilliger fordert und gegen die planmäßige Verfassung dieser „unbilligen Elemente“, wie auch gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttätigkeiten derselben protestiert.

Eine Debatte veranlaßte das Referat des Abgeordneten Haase über den Imperialismus. Daß die den Frieden aufs äußerste gefährdende kapitalistische Weltveroberungspolitik scharf bekämpft werden muß, galt als einmütige Anschauung. Eine kleine Gruppe bekämpfte aber seit längerer Zeit in der Presse die von der Reichstagsfraktion wiederholt erhobene Forderung der Abrüstung, weil sie innerhalb des Kapitalismus undurchführbar sei. Der Parteitag trat indessen fast einstimmig der Ansicht Haases bei, wonach der Kapitalismus neben Kriegsgefahren auch auf die Sicherung des Friedens gerichtete Tendenzen zeitigt, die von der Arbeiterchaft unterstützt werden müssen, und er brachte das in der angenommenen Resolution zum Ausdruck.

Das Referat über die Majceier entziffelte eine lebhafte Debatte über die Zweckmäßigkeit des Nürnberger Beschlusses, wonach alle Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall haben, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abgeben müssen. Die Zweifelsfragen, die dieser Beschluß zur Folge gehabt hat, führten dazu, daß er mit 271 gegen 221 Stimmen aufgehoben wurde. Der nächstjährige Parteitag soll entscheiden, welche neue Regelung zu treffen ist.

Mit der Verschiebung des für das Jahr 1913 vorgesehenen internationalen Sozialistenkongresses in Wien aufs Jahr 1914 erklärte man sich einverstanden.

Im ganzen hat der Parteitag fleißige und gute Arbeit geleistet und Verständnis bewiesen für die große Verantwortung, die die Partei nach dem großen Wahlsieg zu tragen hat.

Wirtschaftliche Rundschau.

Netoziffern für Produktion und Preise: Roheisen, Steinkohle, Metalle, Elektroindustrien — Schifffahrt und Auswanderung — Baustoffe, Zementhaufen.

Die Netoziffern häufen sich — fast möchte man sagen, in beängstigender Weise, weil auf den Gipfel der Hochkonjunktur fastlich doch der Wiederabstieg folgen muß. Und zwar ist diese Aufwärtsbewegung, die sich eine Zeitlang international sehr ungleichartig verzeigte, nachgerade für alle Länder in seltener Uebereinstimmung zu beobachten.

Die deutsche Roheisenproduktion hat im letzten Monat (August) den gleichen Monat des Vorjahres um nicht weniger wie 15,70 Proz., also um mehr als ein Siebentel, überbitt. Im August 1911 stellte sich die Produktion auf 1.285.912 Tonnen, im laufenden Jahre auf 1.487.443 Tonnen; alle vorangegangenen Monatsziffern sind damit weit überflüssig. Januar bis August zusammengenommen, finden wir den letzten periodischen Produktionshöchstpunkt mit 8.397.404 Tonnen im Jahre 1907, das bekanntlich für andere Industrien schon mit dem ersten krisenhaften Rückgang endete. Dann glitt 1908 die Roheisenproduktion von Januar bis August vorübergehend auf 7.995.936 Tonnen herab, um 1909 schon wieder auf 8.440.692 Tonnen sich zu heben und dann 1910 auf 9.693.152 Tonnen, 1911 auf 10.258.657 Tonnen und 1912 nunmehr auf nicht weniger als 11.380.091 Tonnen anzuzugewinnen. Das war noch bis 1905 eine unerreichte Volljahressumme, während jetzt bereits 8 Monate diese Ausbeute liefern. Großbritannien, das einst an der Spitze der Eisenerzeugung marschierte, hat jetzt noch niemals eine solche Volljahresleistung erzielt, denn es produzierte in den Höchstjahren 1908 und 1907 und 1910/11 immer nur wenig über zehn Millionen metrische Tonnen Roheisen. Aber auch die englische Gegenwart übertrifft die englische Vergangenheit. Die Middlesbro Roheisenpreise gingen kurz vor Mitte September, mit 66 Schilling 5 Pence pro Tonne, sogar noch über die Höchstpreise der letzten Jahre 1906/07 hinaus. In Deutschland haben in den letzten Tagen abermals eine ganze Reihe von weiteren Preiserhöhungen stattgefunden: für Vandeisen um 2 1/2 Mk. pro Tonne, für Gasterohre und Siederohre um 5 Mk. Für Roheisen wollen sich die Produzenten bisher noch nicht für nächstes Jahr binden; die Abnehmer rechnen jedoch bereits mit einer Preiserhöhung, die nicht unter 3 Mk. pro Tonne liegen wird. Selbst für Formeisen, das naturgemäß von dem Darniederliegen und der Stille in der Bauindustrie betroffen wird, gestaltet sich das Geschäft recht befruchtigend. Ähnliche Berichte laufen vom belgischen Eisenmarkt ein.

In der Steinkohlenproduktion war Oberdeutschland nicht immer von gleichem Glücke begünstigt wie Rheinland-Westfalen. Augensichtlich hat es alle Halbesenstände geräumt und in seiner Kohlenkonvention für das dritte Quartal 15 Proz. Reduktion gegen die vorjährigen Verladungsziffern freigegeben. Dies kommt einer vollständigen Förderfreiheit gleich, oder vielmehr: die Leistungsfähigkeit der

oberdeutschen Gruben ist momentan der wirklichen Nachfrage kaum gewachsen. Nach der „Bresl. Ztg.“ haben die Verladungen oberdeutscher Kohlen nach Berlin, Brandenburg, Königsberg und Provinz Sachsen, Ost- und Westpreußen, Pommern und Mecklenburg bedeutend zugenommen, und zwar zu befriedigenden Preisen, die dem früheren Weltmarkt auch seitens der rheinisch-westfälischen, wie sächsischen Gruben nicht ausgeglichen waren.“ Als eindrückendes Symptom des allseits wachsenden Brennstoffbedarfes darf man es vielleicht ansehen, daß selbst die englische Kohle in überraschenden Mengen wieder zur Bedarfsdeckung herangezogen wird, so daß beispielsweise Hamburg bereits den Einfuhranfall nach dem großen englischen Bergarbeiterstreit wieder mehr als ausgleichend hat. Obwohl Hamburg in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres aus Westfalen 2.392.004 Tonnen Steinkohlen (gegen 2.112.308 Tonnen im gleichen Zeitraum 1911) heranzog, führte es zugleich an englischen Steinkohlen und Koks 2.913.139 Tonnen (gegen 2.901.797 in 1911) ein.

Die Rohzinkpreise haben zum Vorteil der östlichen wie der westlichen Montanindustrie Deutschlands, in jüngster Zeit wiederholte Aufbesserungen erfahren. Der Preis ging am 9. September zum ersten Male über alle Notierungen hinaus, die seit den siebziger Jahren zu verzeichnen waren. Noch vor Jahresfrist zahlte man in London kaum 14 1/2 Pfund Sterling für die Tonne Rohblei, während am erwähnten Montag 23 1/2 Pfund Sterling bewilligt werden mußten. Eine vorübergehende Ursache mag bei diesem Preisanstieg mitgewirkt, nämlich die politische Gärung in Mexiko. Andauernder dürfte schon eine zweite Ursache sein: die Verteuerung der Ozeanfrachten, da früher ansehnliche Zufuhren aus Australien auf Schiffen kamen, die einen bequemen Ballast für die Heimreise willkommen ließen und die jetzt um andere lebendere Frachten nicht verlegen zu sein brauchen.

Entscheidend ist jedoch in letzter Linie der industrielle Bedarf, der vor allem in den Elektrowerken sich geltend macht. An die erstaunliche Expansionskraft dieser Industrie aller Industrieen wurde wieder einmal durch die Kapitalserhöhung der großen A. G. S. erinnert. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft will nicht weniger wie 25 Millionen neuer Aktien schaffen, so daß das Aktien- und Anleihekaptal, über das sie verfügt, sich in folgender phänomenaler Weise entwickelte:

| Aktien | | | Obligationen | |
|--------------|--------------------|------------------------------|--------------|-------------------|
| Jahr | Kapital in Mio. M. | Zuführender Erlös in Mio. M. | Jahr | Betrag in Mio. M. |
| 1883 | 5 000 000 | 5 000 000 | 1890 | 5 000 000 |
| 1887 | 7 000 000 | ca. 8 540 000 | 1896 | 10 000 000 |
| 1889 | 4 000 000 | 6 000 000 | 1900 | 15 000 000 |
| 1889 | 4 000 000 | 6 000 000 | 1905 | 12 000 000 |
| 1896 | 2 000 000 | 3 500 000 | 1908 | 15 000 000 |
| 1897 | 10 000 000 | 17 646 105 | 1911 | 30 000 000 |
| 1899 | 13 000 000 | 21 149 626 | | |
| 1905 | 14 000 000 | 28 586 081 | | |
| 1910 | 10 000 000 | 18 626 446 | | |
| 1912 | 25 000 000 | ca. 55 000 000 | | |
| Summa | 94 000 000 | ca. 179 000 000 | | 87 000 000 |

Gleichzeitig geben die Siemens-Schuckertwerke neue Obligationen im Betrage von 30 Millionen Mark, mit 4 1/2 Proz. verzinsbar, aus. Unter Einrechnung dieser neuesten Anleihe verfügt also nunmehr dieses zweitgrößte deutsche Elektrownnehmen über ein Obligationenkaptal von 90 Millionen Mark. Der neue Kapitalzufluß soll wegen der außerordentlich starken Beschäftigung der Siemens-Schuckertwerke hauptsächlich zur Vermehrung der Betriebsmittel, nicht zur Errichtung von Neubauten dienen, da jedoch große Erweiterungsbauten, die wahrscheinlich für lange Zeit ausreichen, betriebsfertig geworden sind. Freilich darf man bei allen diesen erfreulichen Ziffern nicht übersehen, daß das Gedränge der Großfirmen vielfach auf Kosten der zahlreichen mittleren und kleineren Firmen geschieht, die bei Vergebung elektrotechnischer Lieferungen und Arbeiten im Submissionswege immer mehr ausgechalt werden, während die überragende Stellung der Riesenbetriebe auch durch die öffentlichen, staatlichen und kommunalen Behörden, beispielsweise durch die Verpachtung kommunaler Elektrizitätswerke an die Großindustrie, immer höher getrieben wird.

Die Ozeanschifffahrt, die lange Jahre unter einem Ueberangebot von Schiffraum litt, steht gleichfalls einem kaum noch zu bemächtigenden Weltverkehr gegenüber und war seit Monaten schon in der Lage, fortgesetzt ihre Frachtraten zu erhöhen. Englands Ausfuhr hatte bisher noch niemals in einem Monate so hohe Ziffern aufzuweisen, wie im abgelaufenen August. Daran scheint sich jetzt eine neue Hochflut des Auswanderertransportes anzuschließen. Nach der „Frankf. Ztg.“ belief sich im August die Gesamtzahl der über Bremen beförderten Personen auf 19.627 Personen gegen 14.203 im Vorjahre. Dabei wies die Zahl der Kajütenpassagiere mit 5963 gegen 6140 einen kleinen Rückgang auf. Die Zahl der eigentlichen Auswanderer betrug im August

| | 1912 | 1911 | 1910 | 1909 | 1908 |
|-----------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------|
| über Hamburg | 10 008 | 5 223 | 7 232 | 7 340 | 3 340 |
| über Bremen | 13 953 | 7 615 | 8 732 | 8 206 | 6 135 |
| Zusammen | 23 961 | 12 838 | 15 964 | 15 546 | 9 475 |

„Es sind also im August die Auswandererziffern des Jahres 1907, das bekanntlich einen seitdem nicht wieder erreichten Rekord brachte, beinahe ganz erreicht worden, denn damals wurden befördert über Hamburg 10.499 Personen.“ In den ersten 8 Monaten der betreffenden Jahre betrug die Auswanderung:

| | 1912 | 1911 | 1910 | 1909 | 1908 |
|-----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|
| über Hamburg | 34 192 | 53 961 | 81 636 | 75 310 | 26 407 |
| über Bremen | 108 916 | 73 282 | 116 041 | 99 818 | 36 914 |
| Zusammen | 193 108 | 127 243 | 197 677 | 175 128 | 63 321 |

Die eine große Ausnahme von diesem überaus günstigen Wille stellen nach wie vor die Baugewerbe dar. Da-

gegen nahmen gerade die Zementfabriken, die solange unter den Uebergründungen litten, neuerdings an den Ausschlagungen hervorragenden Anteil, wohl hauptsächlich infolge des starken Bedarfes für Tiefbauten und große öffentliche Anlagen, wie Untergrundbahnen, Stande und Ähnliches.

Berlin, 17. September 1912. Max Schippel.

Nach „Agitationsarbeit“.

Der „Courier“, Organ des Transportarbeiterverbandes, ist in letzter Zeit wieder auf der Höhe seiner Leistungen angelangt, die wir und andere Gewerkschaften schon verschiedentlich zu verschiedenen Gelegenheiten lobten. Gleich in drei Nummern ist Reichliches geleistet worden von den verschiedenen Agitatoren. Von „Demagogie der Brauer“, von „erbärmlicher Taktik“, von „Schiffen“ und Ähnlichem ist recht ausgiebig die Rede, und die arbeitslose „Gewerkschafts-Juniere“, die alte, erprobte Hauptgenossin des „Courier“ gegen die Einigkeit der Brauereiarbeiter, ist fundiert eifrig und pflichtschuldig, wie immer. Die Aufdeckung einer gewerkschaftlich unerhörten Handlungsweise von Angehörten des Transportarbeiterverbandes in Berlin, die aus Anlaß des Streiks in der Bergbauerei Berlin-Weißensee erfolgte, war die Veranlassung dazu. In der Sache selbst läßt sich nichts fortreden, da hilft man sich dann mit Heranziehung von allem Möglichen, durch ein bißchen Umdeutung der Tatsachen. Auch ein Irrtum in der Zeit läuft mal verheerend unter, eine Verschiebung des Zeitpunktes, besonders auch bei der Besprechung der Lohnbewegung in den Groß-Berliner Niederlagen, und was da noch fehlt, wird durch Skafismos ersetzt, dann erscheint das Ganze für darauf präparierte Leser recht „überzeugend“, und es ist wieder mal tüchtige Agitationsarbeit geleistet, nämlich die zusammengehörigen Brauereiarbeiter gegeneinander ausgespielt.

Von „Demagogie der Brauer“ spricht man, übersieht aber, daß in diesen Worten die schlimmste Demagogie steckt. Daß unsere Organisation Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter heißt, weiß man, auch daß die Brauer nur einen geringen Prozentsatz unserer Verbandsmitglieder ausmachen. Es waren nur rund 25 Proz. von den 47.654 Mitgliedern unseres Verbandes am Jahresluß 1911. Von den übrigen sind zirka 15 Proz. Arbeiter in Mühlen und sonstigen Betrieben, bleiben 60 Proz. sonstige Brauereiarbeiter. Und von diesen 60 Proz. sind wieder 19,4 Proz. Fahrpersonal, mit Stallarbeitern zusammen 22,5 Proz. Aber auf die Formel „Braucher“ lassen sich besser Gegenstände unter den Brauereiarbeitern erzeigen, besonders bei Hinzunahme einer genügenden Dosis Unehrlichkeit. So wird von gewissen Agitatoren des Transportarbeiterverbandes gehandelt, und das ist die schlimmste Demagogie.

Wir kennen diese schon lange. Besonders hervor leuchtet der Fall Nürnberg-Fürth in den Jahren 1901 und 1902. Damals triefte der „Courier“ von jahren Worten und Entrüstung über die „Braucher“, die angeblich die Interessen der Bierfahrer verraten hätten. Und was war geschehen? Unsere Organisation hatte die Gewißheit, für die Bierfahrer den 10stündigen Arbeitstag zu erreichen. Wir hatten die Möglichkeit desselben den Unternehmern durch praktische Beispiele bewiesen. Die Unternehmer aber wollten nicht und riefen in der Stunde der Not den Vertreter des Transportarbeiterverbandes zu Hilfe, der in den Brauereien kaum ein Mitglied hatte. Dieser wurde von den Unternehmern als der Vertreter der Bierfahrer erklärt, er unterzeichnete ohne Verhandlung den Tarif, ohne die von uns geforderte Regelung der Arbeitszeit der Bierfahrer, und diese waren vom Transportarbeiterverband um die 10stündige Arbeitszeit betrogen. Die Bierfahrer waren zwar vom Transportarbeiterverband auf das schmachlichste „eingeweicht“, aber im „Courier“ schlug die Entrüstung heulende Wogen über die „Braucher“, die die Interessen der Bierfahrer verraten haben sollten.

Das ist ein Beispiel von Demagogie, von erbärmlicher Taktik, und ein Beweis dafür, wer die Bierfahrer einseitig, und seit der Zeit ist es nicht anders geworden: so oder ähnlich war immer die von den Herrschaften beliebte Praxis, und auch der Bericht über die Lohnbewegung in Halle in Nr. 38 des „Courier“ ist auf diese Form zugeschnitten. Der Wahrheit entgegen wird dort behauptet, daß die Ablösung des Hausstrunks für die Bierfahrer an dem entgegengekehrten Standpunkt der Vertreter des Brauereiarbeiterverbandes scheiterte. In unserer Tarifvorlage war die Forderung enthalten, daß das nicht getrunken Bier dem Fahrpersonal mit 18 Pf. pro Liter vergütet werden sollte, und bei Beratung dieses Punktes wurde von unseren Vertretern alles daran gesetzt, diese Forderung durchzusetzen. Wenn etwas zu dem Scheitern dieser Forderung beigetragen hat, dann die Tarifvorlage der Transportarbeiter, in welcher Biergeld und Lohn so schön zusammengeworfen war, so daß der Schindlus der Brauereien diese Forderung freudig aufgriff und auf die ganzen Brauereiarbeiter ausdehnen wollte. Er rechnete Biergeld und Lohn so schön zusammen und rundete ab, so daß tatsächlich einige Arbeiter weniger bekommen sollten als nach dem alten Tarif. Die inneren Betriebsarbeiter hatten die Bierablösung von vornherein abgelehnt, und sie lehnten sie um so mehr ab in der von den Transportarbeitern vorgeschlagenen, die Arbeiter schädigenden Form, die die Transportarbeiter scheinbar noch nicht begriffen haben. Die Löhne sind jetzt bei Gewährung des Hausstrunks fast so hoch, als die Brauereien unter Einrechnung des Hausstrunks geben wollten. Bei dem Fahrpersonal in Halle denkt man denn auch anders über die Interessenvertretung seitens der Transportarbeiter, als diese anzunehmen scheinen. In dem Bericht wird dann noch die Bemerkung gemacht, daß auch sonst noch einige Verbesserungen gegenüber dem alten Tarif, an dem die Transportarbeiter nicht mitwirken konnten, eingetreten sind. Um diese Verbesserungen zu erreichen, haben die Brauereiarbeiter auf den Transportarbeiterverband wirklich nicht zu warten brauchen, sondern der alte Tarif, an dem die Transportarbeiter nicht mitwirkten, ganz andere Verbesserungen brachte.

Nun hat der „Courier“ bzw. sein Hintermann ein neues „Agitationsmittel“ entdeckt, einen ähnlichen Dema-

gegenüber wie die übrigen auch. Es ist eine Neuerung unseres Verbandsvorsitzenden auf dem Verbandstag in Mannheim. Diese bringt der „Courier“ in Verbindung mit seinen folgenden Behauptungen und sagt: „Selt, wie der Verbandsvorsitzende es empfiehlt, so wird gehandelt.“ Nach hier wieder das bekannte Demagogentum. Der Vorsitzende hat erklärt: „Es gibt gegenüber dem Transportarbeiterverband kein anderes wirksames Mittel als die rückwärtslose Selbsthilfe.“ Was das bejagen soll und was der Anlaß hierzu war, wissen die Herrschaften ganz genau. In Hannover hat der Transportarbeiterverband eine Anzahl Disziplinbrecher, die mit der Disziplinverwaltung unseres Verbandes in Differenzen standen, ohne weiteres überhoben. Diese Handlungsweise wurde von den maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen auf das entschiedenste verurteilt und versucht, diese gewerkschaftsschädliche Handlung rückgängig zu machen. Die Angestellten des Transportarbeiterverbandes haben sich daran nicht gehalten, im Gegenteil, und sie wurden dabei noch von der Hauptverwaltung gedeckt. Dieser die Gewerkschaftsbewegung schädigenden Freibeuter gegenüber, die nur um Mitglieder zu fangen, vor nichts zurückschrecken, gibt es nur die Selbsthilfe, wenn alle anderen Mittel versagen. Der Vorsitzende hat zugleich auch berichtet, wie in Amerika die letzten 2000 Bierfahrer zum Brauereiarbeiterverband herübergeholt wurden und nun das beste Einvernehmen mit dem dortigen Transportarbeiterverband besteht und alle Grenzstreitigkeiten verschwunden sind. Anstatt sich darüber zu freuen und der Meinung Raum zu geben, ob das nicht auch die beste Lösung für Deutschland wäre, führt der „Courier“ sich unnötigerweise in Unkosten und spricht von amerikanischer Revolvertaktik, Demagogentaktik, Räuberaktik, Banditentaktik, von Räubern, die am besten zu kurieren sind, wenn sie wissen, daß ihnen in Angriffsfälle stets das Fell gründlich ausgeklopft wird. Ja, die „Agitationsart“ ist heimlich im Transportarbeiterverband, sie wurde schon vor 10 und mehr Jahren vom „Courier“ gepredigt, und sie wird getreulich befolgt von denen, die sich im „Courier“ entkulten, wenn ihnen mal ihr Spiegel vorgehalten wird oder wenn ihre Taktik verjagt. Der Vorgang in Amerika ist der natürlichste von der Welt. Diese letzten Bierfahrer, die sich einmal hatten betören lassen, dem Transportarbeiterverband beizutreten, erkannten mit der Zeit, daß ihre Interessen in der allgemeinen und einheitlichen Brauereiarbeiterorganisation besser aufgehoben sind, und sie beschlossen, dem Brauereiarbeiterverband beizutreten. Also nichts von amerikanischer Revolvertaktik, von Räuberaktik, von Banditentaktik der „Brauerei“, nichts weiter als die richtige Erkenntnis der Bierfahrer selbst, und diese wird auch bei uns zu Lande den uns noch Fernstehenden kommen.

Aber ist es nicht überhaupt ein starkes Stück, daß Leute, welche die Zersplitterung der Brauereiarbeiter betreiben, denjenigen Demagogie vorwerfen, die für die Einigkeit einstehen? Ist das nicht der schlimmste Betrug, dem Arbeiter zu sagen: Wenn Du Dich von Deinen Arbeitskollegen organisatorisch trennst, dienst Du Deinen Interessen? Und wenn solche Agitatoren damit keinen Glauben finden und in Verfolgung ihrer Zersplitterungspläne die niedrigsten Instinkte wachrufen und durch persönliche Verheerung und ähnliches einen Keil zwischen zusammengehörige Arbeiter treiben, nennt man das Vertretung der Arbeiterinteressen?! Auf dieses ist die offizielle Taktik des Transportarbeiterverbandes gegenüber den Brauereiarbeitern zugeschnitten. Insummen von Geld werden zu diesem Zweck ausgegeben, viel Zeit wird darauf verwendet, was alles viel nützlicher aufgewandt werden könnte. Als „Erfolg“ bleibt die Zersplitterung der Arbeiter untereinander und ihr Schaden auf alle Fälle. Nur ein Beispiel aus letzter Zeit. In Gleiwitz in Oberschlesien, einem anerkannt schwer zu bearbeitenden Agitationsgebiet, war es unserem für das Industriegebiet angestellten Agitationsbeamten mit vieler Mühe gelungen, eine Anzahl Kollegen zu organisieren. Für den 14. September hatte er eine Versammlung einberufen und hatte gute Aussicht auf weitere Fortschritte. Diese Versammlung wurde von den Transportarbeitern unter Führung des Angestellten Trappe hintertrieben. Seit 2 Tagen vorher war er äußerst ruhig in Gleiwitz und versuchte, uns die Bierfahrer wieder abzutreiben. Diese wurden dadurch verwirrt und in der Versammlung erschienen ganze 6 Mann, gleich hinterher Trappe mit seinem Stab. Ein Glück war es unter diesen Umständen noch, daß die Versammlung so schlecht besucht war, sonst konnte die ganze mühselige Agitationsarbeit auf lange Jahre hinaus vernichtet sein. Die Situation wird aber erst richtig beleuchtet durch das, was sich nachher abspielte. Mit dem Treiben Trappes waren nämlich nicht alle Mitglieder des Transportarbeiterverbandes einverstanden. Als von unserer Seite dem Trappe Vorhaltungen gemacht wurden und dadurch die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes erfuhr, wie die Sache liegt, band sich der Genosse Ch., auch Mitglied des Transportarbeiterverbandes, den Trappe folgendermaßen vor: „Seit 4 Jahren sitzt Du hier und hast Dich niemals um die Brauereien gekümmert, hast nichts geschafft, und jetzt, wo die Brauereiarbeiter zu unserer aller Freude wenigstens eine der größeren Brauereien organisiert haben, kommst Du her und machst Stank und treibst die Leute wieder auseinander. Aber so was gibt es in Gleiwitz nicht, das dulden wir nicht, da mache ich nicht mit, trotzdem ich selbst ein altes eifriges Mitglied des Transportarbeiterverbandes bin.“ — So wird selbst in den exponiertesten Gegenden die Zersplitterungsarbeit zum Schaden aller Arbeiter betrieben, und ob die ehrliche Mahnung des Genossen Ch. bei Trappe etwas fruchten wird, ist zu bezweifeln, denn diese Taktik wird ja „oben“ gewünscht.

Die Geschichte kennt im industriellen Leben die sogenannten „blutigen Gründungen“. Wenn aber eine solche Gründung im Laufe der Zeit hoch kam, bemühte man sich, das alte abzustreifen und solide zu werden. Als der Transportarbeiterverband noch in den Kinderjahren stand, machte mancher seine Freibeuterpolitik entschuldigen; der Transportarbeiterverband aber mit über 200 000 Mitgliedern und einem Agitationsfeld von nahezu einer Million Arbeiter sollte sich schon selbst seiner arbeiterschädigenden Praxis schämen.

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

Bürgel, Brauereigesellschaft.
Offenburg, Brauerei Mümbinger.

Mühlen:

Hütten b. Königstein, Mühle Zeibig.
Potschappel b. Dresden, Weichold u. Lochmann.
Oberkaufungen, Kunstmühle S. Lederhose.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† **Bahrenth.** Tarifvertrag. Mit der Brauerei Robert Schmidt wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Durch den neuen Tarif wurden folgende Verbesserungen erzielt: Der Mindestlohn wurde um 2,50 Mk. erhöht, auch werden sämtlichen Arbeitern die ganzen Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge bezahlt. Weiter wurde mit dem gegenwärtigen Abschluß eine Lohnzulage erreicht von 1,50 bis 2,50 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit wurde um 1/4 Stunde verkürzt (9 1/4 Stunden), Sonntags um 1 Stunde. Ferner erhalten die Bierfahrer von der Brauerei Wettermäntel und bei jeder Landtour eine Extravergütung. Der Tarif trat am 1. September 1912 in Kraft und endet am 31. August 1916. Am 1. September 1913 gibt es 1 Mk. Zulage, am 1. September 1915 wieder 1 Mk.

† **München.** Mit einer imposanten Versammlung am Dienstag, den 24. September, traten die in den Brauereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Münchens in eine Tarifbewegung ein. Sämtliche Sparten waren, soweit sie dienstfrei hatten, vollzählig erschienen. Neben den einzigen Punkt der Tagesordnung: Welche Stellung nehmen die Münchener Brauereiarbeiter zu dem am 31. Dezember ablaufenden Tarif ein? referierte Kollege Jacob. Er hob in seiner Rede hervor, wie gewaltig sich die Verhältnisse seit dem letzten Tarifabschluß geändert haben. Es sei in dieser Zeit ein ausgedehnter Nachzug auf die Tischen des arbeitenden Volkes unternommen worden. Ein halbes Jahr nach dem letzten Tarifabschluß, der den Münchener Kollegen und Kolleginnen einige kleine Verbesserungen brachte, habe der Reichstag 500 Millionen Mark neue Verbrauchsteuern bewilligt — eine Ausgabe, die drückend auf den Schultern der Arbeiter laste, ohne daß es ihnen, da sie an Tarifverträge gebunden waren, möglich gewesen wäre, einen Ausgleich herbeizuführen. Durch das im Jahre 1910 beschlossene bayerische Malzaufschlaggesetz traf auf den Kopf der Bevölkerung eine indirekte Besteuerung von 2,80 Mk. Da von der Raumsteuer zur Gewichtssteuer übergegangen wurde, konnten die Brauereibesitzer die Mehrbelastung auf die Konsumenten abwälzen, und es folgte eine allgemeine Erhöhung des Bierpreises. Raum waren diese Steuern in Kraft getreten, wurden wir in Bayern mit einer weiteren Belastung, nämlich den 22prozentigen Steuerzuschlag, beglückt, und die neue bayerische Steuerreform brachte dann eine Erhöhung der Einkommensteuer, was bei einzelnen Arbeitern eine weitere Belastung von 40—100 Proz. ausmacht. Dazu kam noch die außerordentliche Steigerung der Wohnungsmieten, wobei die Brauereibesitzer, von denen einzelne in München bis zu 100 und mehr Häuser besitzen, wie in der „Münch. Post“ zu lesen war, ihr möglichstes leisteten. Die Fleischpreise haben während der Tarifvertragsdauer eine solche Höhe erreicht, daß es den Brauereihilfsarbeitern überhaupt nicht mehr möglich sei, Fleisch zu konsumieren. Wenn unter den mehr als 4000 Brauereiarbeitern in München noch 1460 Hilfsarbeiter sich befinden, die zwischen 22 und 25 Mk. verdienen, so sei diese Tatsache für die Brauereibesitzer beschämend. Die derzeitigen Löhne seien nicht ausreichend, um eine Familie richtig ernähren zu können. Aus allen diesen Gründen habe die Ortsverwaltung den Beschluß gefaßt, den Brauereiarbeitertarif zum 1. Oktober zu kündigen. (Beifall.) Auch die übrigen Organisationen, soweit sie als Vertragsparteien in Betracht kommen, seien diesem Beschluß beigetreten. Diesmal sei der Kampf besonders schwer, und da gelte es vor allem, die nötige Ruhe und Besonnenheit zu wahren und sich besonders vor unvorsichtigen Neußerungen zu hüten. Was vor vier Jahren nicht möglich gewesen sei, müsse bei der diesjährigen Tarifbewegung eintreten. Redner konstatierte, daß bisher an den Sonntagen alle möglichen, nichts weniger als vordringlichen Arbeiten geleistet werden mußten, daß die Behörden um die gesetzlichen Bestimmungen sich nicht gekümmert haben und daß bei Beschwerden auch der Ortsverband der Brauereien verjagt habe. Die Hauptforderungen seien nach wie vor die Beseitigung der Sonntagsarbeit, die Reduzierung der Arbeitszeit und die Einführung von Wochenlöhnen. Bei durchgehenden Betrieben müsse endlich die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden; die Leute, die zur Nachtlour verurteilt sind, müssen eine entsprechende Entschädigung bekommen. Es stehe den Brauereiarbeitern also ein schwerer Kampf bevor, zu dem sie eine Hilfe notwendig haben, nämlich den Beistand der Arbeiterpresse, der „Münchener Post“, die bei allen Lohnbewegungen bisher stets noch mit aller Kraft die Interessen der Arbeiter vertreten hat. Die Neußerung eines den Brauereibesitzern nahestehenden Herrn, daß bei der kommenden Tarifbewegung die „Münchener Post“ viel zu schreiben haben werde, zeige den Kollegen, wohin der Weg gehe. Kein Brauereiarbeiter sollte daher den Saal verlassen, bevor er nicht Abonnent der „Münchener Post“ geworden sei. Mit der Aufforderung, mutig und geschlossen in den Kampf zu ziehen, schloß Jacob unter großem Beifall seine Ausführungen.

Ohne Diskussion nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die von 4000 Personen besuchte Brauereiarbeiterversammlung ist in allen Teilen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung fühlt sich veranlaßt, auf Grund der fortgesetzten Steigerungen der Preise aller Bedarfsartikel, der unerhört hohen Wohnungspreise, der außergewöhnlich hohen Fleischpreise und der erhöhten Anforderungen, die bei der heutigen Technik an jeden einzelnen Arbeiter gestellt werden, die Verbandsleitung zu beauftragen, den Tarif am 1. Oktober für den 31. Dezember 1912 zu kündigen.“

Die Versammlung beschließt, daß die Verbandsleitung mit einer aus allen Sparten zusammengesetzten Tarifkommission eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Tarifvorlage auszuarbeiten und in kürzester Zeit einer weiteren Versammlung zu unterbreiten hat. Ferner verpflichten sich die Brauereiarbeiter, fest und entschlossen zu ihrer Organisation zu halten und deren Weisungen unbedingt zu folgen.

Mit eindrucksvollen Schlussworten des Kollegen Gerl und der Aufforderung, in den nächsten Tagen die Spartenversammlungen ausnahmslos zu besuchen, fand die Versammlung, die vom besten Geiste getragen war, ihren Abschluß.

† **Reuß. Tarifvertrag.** Mit der Nobesia-Brauerei wurde ein Tarifvertrag auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen. Derselbe bringt den Kollegen Lohnserhöhungen von 1 bis 2 Mk. pro Woche, Urlaub bis zu einer Woche, Verkürzung der Arbeitszeit um 1/4 Stunde pro Tag. Wenn man hinzurechnet, daß erst im vorigen Jahre durch die Organisation Lohnserhöhungen bis zu 7 Mk. pro Woche erreicht wurden, so können die Kollegen mit dem Erfolg zufrieden sein. Es liegt nun an den Kollegen, durch Ausbau der Organisation und Festhalten an derselben das Errungene auch zu halten.

Malzfabriken.

† **Mainz. Tarifverträge.** Mit der Malzfabrik Aug. v. Schlemmer Nachfolger in Hochheim a. M. wurde der Tarifvertrag erneuert. Erreicht wurde eine halbblühende tägliche Arbeitszeitverkürzung, ebenso Verkürzung der Sonn- und Feiertagsarbeit um 2 Stunden, eine sofortige Lohnzulage um 2 Mk. Im letzten Vertragsjahr erfolgte eine nochmalige Steigerung um 50 Pf. Die Leberstundenlöhne wurden um 10 und 15 Pf. erhöht. Die siebente Schicht, wofür seither nichts vergütet wurde, wird nun mit 3,50 Mk. extra entschädigt. In Krankheitsfällen und bei militärischen Übungen wurden die bestehenden Sätze von 1,50 Mk. und 1 Mk. um weitere 50 Pf. erhöht. Wenn auch die Wünsche der Kollegen, hauptsächlich in bezug auf vollständige Bezahlung der Sonn- und Feiertagsarbeit, nicht ganz erfüllt werden konnten, so ist doch zu sehen, daß wieder ein ganz schöner Schritt nach vorwärts getan ist.

Auch mit der Malzfabrik J. A. v. de Bergh in Kofheim a. M. wurde der Tarifvertrag erneuert. Die Arbeitszeit wurde auf 9 1/4 Stunden verkürzt, nach 2 Jahren tritt die 9 1/4stündige Arbeitszeit in Kraft. Der Lohn wurde um 1 Mk. auf 29 Mk. erhöht, außerdem bezahlt die Firma die ganzen Kranken- und Invaliditätsbeiträge. Hier wird zum Preise von 18 Pf. pro Liter an die Kollegen abgegeben.

Für die Kollegen der übrigen Malzfabriken in Hochheim, Wicker, Försheim, Eitville, Niederengelheim, Wudenheim, Weisenau, Bodenheim und Rierstein mögen diese Erfolge ein Ansporn sein, auch ihrerseits dafür zu sorgen, daß die Organisation ausgebaut wird, denn manches muß dort noch nachgeholt werden, bis dort die Verhältnisse so sind, wie in den Malzfabriken, wo im Laufe dieses Jahres Tarifverträge abgeschlossen wurden. Auch der Kollegen der Malzfabrik Maher in Mainz müßte es bald begehrlich werden, daß die Zersplitterung in verschiedenen Organisationen nur Schaden für die Kollegen selbst bedeutet. Gerade bei Maher wäre es notwendig, daß andere Verhältnisse Maß greifen, sind doch die Löhne zum Teil noch um 5—4 Mk. zurück gegenüber den Tarifbetrieben. Deshalb, Kollegen Malzereiarbeiter von Mainz und Umgegend, werdet Mitglieder des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes, nur dann ist es möglich, die so rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf eine bessere, gesündere Basis zu stellen.

Mäslern.

† **Dresden.** In der Ausperrung der Mühlenarbeiter in Hütten und Potschappel ist eine Wendung bisher nicht eingetreten. Weden Mühlen will es nicht gelingen, den gewünschten Ertrag für die Ausgeperrten zu bekommen, trotzdem daß auch der Syndikus der Sächsischen Mühlenindustriellen, Herr Krüger, der sich nebenbei als Streikbrecher- und Stellenvermittler etabliert hat, alles daransetzt, um sich die willfährigen Elemente zu verschaffen. Herr Krüger scheint bei seiner bisherigen Vermittlung recht trübe Erfahrungen gemacht zu haben, da er in neuerer Zeit dazu übergeht, den Stellenjuchenden eine Markt-Einschreibgebühr abzuverlangen. Aus welchem Grunde dies geschah, bleibe dahingestellt. Wir sind nicht boshaft genug, anzunehmen, daß dies nur darum geschieht, um der in der Kasse vorhandenen Ebbe etwas abzuheilen.

Den Hinzubrüdern in der Kunstmühle in Hütten scheint es nicht gefallen zu haben, da bereits am Sonnabend, den 21. September, 8 Mann abreisten, obwohl es Herr Zeibig an nichts fehlen ließ, sie sogar in eines der ersten Hotels in Königstein, im „Hotel zum blauen Stern“, einquartierte. Butterbrot, Eier, Wurst u. dgl. wiegen sie Herrn Zeibig als ein für einen Arbeiter ungenügendes Abendbrot zurück. Die übrigen vier, die noch eine Zeit bleiben sollten, hatten es aber auch satt, da ihnen die 14 Tage „Arbeit“ schon zubielen waren. Nachdem sie am Montag das Mittagessen mit dem Gelehrer durch die Fensterheben auf die Straße geworfen und in der Frühstunde alles kurz und klein gemacht, volle Kassen Bier buchstäblich kleingeschlagen, ließ Herr Zeibig sie in das Kontor rufen, um ihnen noch den Lohn für eine Woche im voraus auszuzahlen, damit sie ebenfalls den Ort ihrer Tätigkeit verlassen sollten. Damit hatte Herr Z. aber die Rechnung ohne die Hinzegardisten gemacht. Als diese erfuhr, daß ihnen nur noch ein Wochenlohn ausgezahlt werden sollte, nahm einer dieser nützlichen Elemente seine Browningspistole aus der Tasche und fragte Herrn Z., ob er nicht eine Patrone habe, damit er ihm etwas anderes beibringen könnte. Unter diesem janzten Brude erhielten dann die „willigen Elemente“ den Lohn auf die Dauer von 14 Tagen ausgezahlt. Welch großes Geschrei würden wohl Herr Zeibig und seine Trabanten erhoben haben, wenn einer der Ausgeperrten etwas ähnliches begangen hätte. Zweifelloß würde dieser hinter Schloß und Riegel sitzen. Obwohl Herr Zeibig sonst bei jeder Gelegenheit die Polizei zur Verfügung stellt, so konnte man jedoch diesen und den nächstfolgenden Tag niemand erblicken. Als dann die Streikbrecher bereits „fern vom Schuß“ waren, kam man

und erkundigte sich danach, ob die Herren bereits abgereicht seien. Zur Charakterisierung dieser Elemente sei noch kurz folgendes angeführt. Als die Einbegarbstellen unter dem oben angeführten Druck ihre Entlassung erhalten hatten, zogen sie noch den ganzen Nachmittag. Als dann der Abend heranbrach, hatten sie, da andere sie nicht überbergten, kein Nachtquartier. Kurz entschlossen, verschafften sich zwei der Herren dadurch Eingang zu ihrer Lagerstätte in der Mühle, daß sie die Tür aufbrachen. Um aber Herr Zeibig noch ein gutes Andenken zu hinterlassen, hinterließen sie in dem Bett etwas, was sonst im allgemeinen an ein recht hübsches Verbrechen erinnert. Mühselige und saubere Elemente!!! Den jächselnden Industriellen aber, die den Mund nach mehr Schutz der Arbeitswilligen nicht genug aufreißten können, sei dies zum Studium empfohlen. Als gefährlicher Feind der Organisation aber hat Herr Zeibig bisher noch nichts getan. Den Vertreter der Organisation, der erneut eine Einigung anzubahnen versuchte, wies man kurzerhand ab. Nun, Herr Zeibig hat den Kampf gewollt, er kann ihn auch weiterhin haben. Die Arbeiterschaft, die den Boykott beschlossen, wird ihn auch durchzuführen wissen, und sollte dies Jahre aushalten.

† **Kassel.** Aus der Vogtischen Kunst in Mühl. Schon im März dieses Jahres, bei der Lohnbewegung, fielen aus dem Munde des Herrn Vogt den Vertretern unseres Verbandes gegenüber die Worte, daß im Betrieb „Seher“ seien, welche Unfrieden unter die Leute brächten. Die weiteren Andeutungen ließen auch erkennen, daß man es auf die führenden Kollegen abgesehen hatte. Nur hielt man den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, gegen sie vorzugehen, denn eine solche Handlungsweise bedarf der Rückbedeutung nach außen hin. Diesen Zeitpunkt glaubte man nun im Juni gekommen, als die Geschäftslage etwas flauer war. Die Betriebsleitung kündigte einfach vier Mülkern wegen Arbeitsmangel. Daß dabei nicht zu verfahren wurde, wie es jeder loyale Arbeitgeber bei solchen Umständen tut (daß man die Leute dem Dienstatler nach entläßt), war sehr befremdend, zumal Arbeiter in Betracht kamen, die schon längere Zeit im Betriebe waren, und bei denen feststand, daß sie wirklich tüchtige Arbeiter waren. Trotzdem die Vertreter der Organisation allerlei Vorschläge machten, auch die auf Einlegung von Feierschichten, konnte sich Herr Otto Vogt nicht dazu verstehen, ihnen zu entsprechen. Bei den Feierschichten würden die Leute in gewissem Sinne „demoralisiert“, und von der Öffentlichkeit wolle er sich nicht den „Vorwurf“ machen lassen, daß seine Arbeiter so wenig verdienen. Bezüglich der Entlassung nach dem Dienstatler erklärte Herr Vogt: er müsse wissen, wer dem Betriebe dienlich sei! Vorschriften ließe er sich darüber nicht machen. Daß in dieser Äußerung nur das gegen die Organisation zum Ausdruck kommt, werden wir weiter betonen.

Im Einverständnis mit den Arbeitern ließ es die Organisation zunächst bei der Entlassung der vier Mülkern bewenden. Man wollte einmal das „warme Herz für die Arbeiter“ des Herrn Vogt auf die Probe stellen, indem man annahm, bei der im Herbst eintretenden besseren Konjunktur würden diese entlassenen Leute zunächst berücksichtigt werden. Ein am 9. August d. J. von der Organisationsleitung an Herrn Vogt gerichtetes Schreiben betr. Wiedereinstellung dieser Leute blieb unbeantwortet, trotzdem in höflichster Weise Antwort erbeten wurde. Selbentlich, am 26. August, wurde ein Vertreter der Organisation bei Herrn Vogt vorstellig, um sich nach dem Stande der Dinge zu erkundigen. Da erklärte Herr Vogt mit dem „warmen Herzen“, es tue ihm leid, die Stellen wären alle besetzt; die Leute hätten sich bei ihm melden sollen!

Das ist gewiß der Gipfel! Am 9. August, als die Stellen noch frei waren, empfielt die Organisation Herrn Vogt, diese Leute wieder einzustellen; bis zum 26. August hielt es die Firma nicht für notwendig, eine Antwort zu geben, auf welche man allerdings auch heute noch warten mußte, wenn nicht die persönliche Vorsprache erfolgt wäre. Und unter diesen Umständen will sich Herr Vogt damit herausreden, die Leute hätten sich bei ihm melden sollen! Nun hat es wohl gerade der „Zufall“ gebracht, daß niemand von den neu eingestellten Leuten dem Verband angehört. Das besagt genug!

Wir meinen, daß es nicht besonders erhehend ist für einen im öffentlichen Leben stehenden Mann, wenn er eine solche Stellung gegenüber der organisierten Arbeitern einnehmen beliebt. Für die Arbeiterschaft aber muß der Vorfall eine doppelte Lehre sein, alles daran zu setzen, um die Organisation so auszubauen, daß sie im Interesse ihrer Mitglieder allen Willkürakten energisch die Spitze bieten kann.

† **Kalingen.** Durch ihre Organisationszugehörigkeit haben die Kollegen der Firma Lechieser in Kalingen Lohn erhöhungen von 1,50 bis 1,80 Mk. pro Woche erreicht. Ein Tarif konnte nicht zustande kommen, da ein Teil der Arbeiter es nicht für nötig hielt, sich der Organisation anzuschließen. Hoffentlich sind sie nun eines Besseren belehrt und holen das Verjämte nach.

Korrespondenzen.

Fürstentum. Unsere letzte Mitgliederversammlung, die gut besucht war, beschloß in Rücksicht auf die Erhöhung des Kartellbeitrags von 20 auf 25 Pf. zur Förderung der Jugendbewegung einstimmig die Erhebung eines Extrabeitrags von 10 Pf. pro Quartal und Mitglied. Die Erhebung des Extrabeitrags beginnt im 4. Quartal 1912. Hoffentlich wird sich kein Kollege sträuben, diesem Versammlungsbeschlusse nachzukommen. Mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil Kollegen (speziell Vierfahrer) wochentags die Versammlungen nicht besuchen können, wurde auf deren Wunsch beschloffen, die Versammlungen in den Wintermonaten des Sonntags abzuhalten, und zwar jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr. Durch diesen Beschluß ist auch den Kollegen Mülkern Arbeitern Gelegenheit zum Versammlungsbesuch gegeben.

Alsdann berichtete der Vorsitzende über die Agitation unter den Mülkern Arbeitern. Derselbe hat im Verhältnis zu der schon aufgewandten Mühe und Arbeit den gewünschten Erfolg noch nicht gebracht. Ein Bemühen in der Agitation ist die Uneinigkeit der Mülkern Arbeiter unter-

einander. Durch diese Uneinigkeit werden die Kollegen Mülkern Arbeiter über ihre tatsächlichen Verhältnisse hinweggeläuscht. Die Kollegen sollten endlich einmal die Streitart begeben und lieber über ihre verbesserungsbedürftigen Verhältnisse sprechen. Das wäre ihnen und ihren Familien tatsächlich dienlicher. Denn nur durch die überlange Arbeitszeit und durch die langausgedehnte Sonntagsarbeit ist es den Mülkern Arbeitern am Orte möglich, sich einen Lohn zu verschaffen, mit dem sie einigermaßen das Leben fristen können. Es ist tatsächlich ein Skandal, wenn man feststellen muß, daß Kollegen im Jahr über 4000 Stunden dem Unternehmer gefront haben, also eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 13 1/2 Stunden, wenn man im Jahr 300 Arbeitsstage rechnet. Diese Kollegen verdienen für ihre 4000 Stunden Arbeit im Jahr 1400 Mk. oder 35 Pf. pro Stunde als gelernte Arbeiter. Also nur die lange Arbeitszeit kann den Kollegen das Einkommen bringen, das sie eigentlich bei einer regulären Arbeitszeit von 8 Stunden pro Tag haben müßten. Man sollte nun annehmen, daß unter solchen Verhältnissen die Kollegen zur Einsicht kommen müßten. Einzelne haben auch endlich den Weg zur Organisation gefunden. Aber auch die Mehrzahl der Mülkern Arbeiter am Orte wird noch, notgedrungen durch die Verhältnisse, zu der Einsicht gelangen, daß es besser gewesen wäre, wenn sie sich schon früher der Organisation angeschlossen hätten. Darum, Kollegen, jämt nicht länger, bedenk, daß Ihr nur als Ausbeutungsobjekte von den reichen Mülkern Besitzern betrachtet werdet, die Euch so lange alles vorenthalten werden, solange Ihr nichts fordert. Und fordert, Kollegen, könnt Ihr nur, wenn Ihr einig und organisiert seid. Deshalb hinein in die Organisation, in den Verband der Brauerei- und Mülkern Arbeiter.

Mannheim-Ludwigshafen. Am 20. September fand im Gewerkschaftshaus unsere Versammlung statt. Geschäftlich macht Kollege Gräble bekannt, daß am Sonntag, den 20. Oktober, vom Mannheimer Markt ein Extrazug arrangiert wird zum Besuch der Ausstellung „Der Mensch“ in Darmstadt. Fahrpreis 2,30 Mk. und 50 Pf. Eintritt. Die Vertrauensleute haben Einziehungszettel. Die Kollegen werden gebeten, die interessante Ausstellung zahlreich zu besuchen. Ein Schreiben vom Arbeiterjamboreebund ladet die Kollegen und deren Frauen zu dem am 23. Oktober beginnenden Kursus ein. Die Abendstunden finden jeweils Mittwochs abends, 7/9 Uhr beginnend, statt im Gewerkschaftshaus Mannheim, geleitet von Herrn Dr. Friedmann. Der Kursus dauert bis Ende Februar und kostet 2 Mk. Eine Sammlung für den in der Mälzmühle Ludwigshafen tödlich verunglückten Kollegen Pusch ergab in der Pfälzer Mühle 30,10 Mk., Rheinmühle 29,10 Mk., Kaufmannsmühle 11,35 Mk., Gehmannsmühle 9,95 Mk., Außerordentliche Notunterstützung 26,50 Mk., zusammen 107 Mk. Das Geld ist an Frau Pusch abgehändigt worden. Dann hielt Genosse Böttcher einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. Die Versammlung folgte mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen. Den Kollegen diene zur Beachtung, daß Genosse Böttcher die ganze Reichsversicherung an 6 Sonntagen, beginnend am 13. Oktober, in einem Lehrkursus behandeln wird. Der Lehrkursus wird im Jugendheim, S. 6, 33, abgehalten. Auch werden die Kollegen auf die Milchzentrale aufmerksam gemacht und er sucht, dieselbe durch Abnahme von Milch zu unterstützen, wo man doch sicher besser bedient wird als bei den Milchhändlern.

Hierstein. In einer gut besuchten Versammlung der Mälzereiarbeiter sprach Kollege Brück-Reinzig über: „Die bevorstehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse und wie können dieselben verbessert werden. Er führte unter anderem den Kollegen alles das vor Augen, was zur Eringung einer besseren Lebenshaltung des Arbeiters notwendig ist. Die Folge war, daß sich sämtliche unorganisierten Kollegen, 9 an der Zahl, unserer Organisation anschlossen. Es wurde in der Versammlung noch festgestellt, daß ein gewisser Herr Johannes Wunt versucht, jeden neuzutretenden Arbeiter vor der Organisation gruselig zu machen, wobei er meint, die Organisation hätte ja doch keinen Wert und die Betriebsleitung wolle auch mit dem Organisationskomitee nichts zu tun haben. Wir möchten diesem Herrn raten, das Fischen im trüben zu unterlassen. Wenn Herr Wunt etwas gegen unsere Organisation hat, so möge er in unseren Versammlungen erscheinen, wir werden ihm dort sicher keine Antwort schuldig bleiben.

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

„Handel im Umherziehen ohne Hausierchein.“ Vor dem Schöffengericht Marientburg hatte sich der Bierfuhrender August Roskowski aus Dirschau wegen Übertretung der §§ 56 und 148 der Gewerbeordnung und der §§ 18 und 20 des Gesetzes vom 3. Juli 1876 betr. Handel im Umherziehen und der Biererleger Johannes Kemper aus Dirschau wegen Anstiftung hierzu zu verantworten. Roskowski war bei Kemper in Stellung und fuhr regelmäßig mit dem Bierwagen nach Siegau, wo er das vorher bestellte Bier an die Kunden abliefern, aber auch an jedermann Bier ohne weiteres verkaufte. Dadurch, daß er Bier ohne vorherige Bestellung an die Käufer abgab, erlitt die Antragsbehörde Merkmale des Hausierhandels. Kemper ließ sich der Anstiftung schuldig gemacht haben, weil er dem Angeklagten außer dem vorher bestellten Bier auch solches zum freihändigen Verkauf mitgab. Roskowski gibt den Tatbestand zu, ebenso Kemper, doch führt letzterer zu seiner Verteidigung an, daß es bei den Brauereien und Bierverlegern altergeübte Sitte sei, daß die Krücker bei ihren Bestellungen Bier an jeden verkaufen, der solches verlangt. Der Amtsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten eine Geldstrafe von 96 Mk. bzw. 16 Tage Haft. Für Strafe, Kosten und Steuern sollen die Angeklagten solidarisch haften. Der Gerichtshof folgte den Ausführungen des Herrn Amtsanwalts und erkannte dem Antrage gemäß.

Aus der Mülkernindustrie.

Unsere „Patrioten.“ In Ostpreußen stand quantitativ und qualitativ eine ausgezeichnete Getreideernte bevor. Durch die regnerische Witterung sind die Aussichten auf eine gute Qualität beinahe vernichtet. Diesen Uebelstand machen sich die Großgetreidehändler in Königsberg und

Danzig sofort zunutze. Sie führen, begünstigt durch das System der Einfuhrzölle und durch billige Eisenbahntarife allen einigermaßen noch brauchbaren Roggen nach dem Ausland aus und lassen den inländischen Brotkonsumenten nur das ausgewachsene, zu menschlicher Nahrung kaum brauchbare Zeug zu hohen Preisen. Infolgedessen notierte Königsberg die Tonne Roggen im September um 11 Mk. höher als Berlin, während nach normaler Preisbildung das dem Produktionsgebiet nahe liegende Königsberg mindestens 10 Mk. unter Berlin notieren müßte. So fabrizieren unsere „Patrioten“ künstliche Hungersnot.

Ueber das Einfuhrzölle-System finden wir im Jahresbericht der Handelskammer zu Brandenburg, daß russische Mülkern zeitweise für guten deutschen Roggen, der im Inlande 165 Mk. kostete, 115 Mk. pro Tonne zahlten und für die aus diesem Roggen gewonnene Mele, die sie zollfrei wieder nach Deutschland einfuhrten, 125 Mk. pro Tonne lösten. Futtermittel kostete in Rußland 125 Mk. pro Tonne, unser gutes Brotgetreide dagegen 115 Mk., weil aus der Meleklasse den ausführenden Agrariern oder Händlern 50 Mk. draufbezahlt wurden. Und so fütterten die Russen unser Brotgetreide für 115 Mk. und verkauften ihre Futtermittel für 125 Mk. nach Deutschland. Eine geradezu blödsinnige Wirtschaftspolitik!

Der Verband schweizerischer Konsumvereine hat die Stadtmühle Zürich für 1 700 000 Fr. angekauft. Zu einer ähnlichen Entwicklung treiben kurzfristige Mülkern Besitzer die Verhältnisse auch in Deutschland.

Die böse Zante! Der „Südwestdeutschen Mülkern-Ztg.“, die sich besonders auch im Begeiern der Arbeiterbewegung unheimlich hervortut, wird vom Vorstand des Verbandes deutscher Mülkern verbandsoffiziell beiseite geworfen, daß sie gegen den Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Kommerzienrat Harriedel, einen Artikel gebracht hat, der „durchweg aus großen Unwahrheiten und aus einseitigen, schiefen Darstellungen und Urteilen besteht; er ist keine angemessene Erörterung sachlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Leuten, die gleichen Zielen zustreben, weder in der Form noch in der Sache, sondern eine, im wesentlichen gegen den Herrn Verbandsvorsitzenden gerichtete, in Form und Inhalt gleich böswärtige Gehässigkeit schlimmster Art.

Der Herr Verbandsvorsitzende wird wegen der wahrheitswidrigen und schwer beleidigenden Angriffe die Hilfe des Gerichts anrufen, während sich der Vorstand und der Ausschuß des Verbandes deutscher Mülkern vorbehalten, durch Herausgabe einer, wenn auch kurzen, Berichtigung Stellung zu nehmen, sobald die in Aussicht gestellten weiteren Rundgebungen der „Süd- und Mitteldeutschen Mülkernzeitung“ erfolgt sein werden.

Wir haben die Kontroverse zwischen dem Zweigverband hessischer Mülkern und der „Südwestdeutschen Mülkern-Ztg.“ aufmerksam verfolgt und können aus eigener Anschauung die obige Stäupung dieser Zeitung und ihrer Hintermänner für durchaus berechtigt erklären.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Boykott. Ueber die Waren der Glajischer Tabakmanufaktur ist der Boykott verhängt. Die Arbeiter werden aufgefordert, alle Waren mit der Schutzmarke: „Die Hand“ zu meiden. Hauptächlich sind es Marke „Rothhandel“, „Elegantes“, „Vogel“, „Maryland“, „Algeriennes“. Kein organisierter Arbeiter darf boykottierte Waren kaufen, sonst übt er Verrat an seiner Klasse.

Christliches und Gelbes.

Herr Friedrich Blau aus Bremen, der in seinem von uns in Nr. 38 veröffentlichten Agitationszirkular, entgegen seinen bisherigen Handlungen, sich plötzlich als richtiggehenden Gewerkschaftler entdeckte, der darin vom Zusammenstoß „zur Erreichung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse“ redete, vom Dunkelmann, der zu ersten beabsichtigt, wo er nicht gefast hat, der also seine eigenen Taten verurteilt, ist jetzt plötzlich wieder das Gegenteil geworden; er zeigt wieder sein richtiges Gesicht. Was wir über ihn geschrieben haben, bestätigt er in Nr. 39 der „Bundes-Zeitung“, und er gibt auch den Grund an, warum er bei dem letzten Streit nicht die Konsequenz seiner „Agitationslehre“ zog und den Hauskreißer machte: es handelt sich für ihn darum, seine Stellung zu erhalten. Und solche Leute predigen dann von dem „gemeinsamen Interesse“ und spielen sich als Lehrer und Richter gegenüber Unorganisierten auf. Aber noch einen anderen Entschuldigungsgrund für seine Hauskreißertätigkeit hat Herr Blau: Er wollte die Dummheit der Verbandsstrategen nicht mitmachen. Also die in Bremen so dringend notwendige Erreichung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse, um welche gekämpft wurde, nennt Herr Friedrich Blau eine Dummheit; derselbe Friedrich Blau, der von gemeinsamen Interessen spricht und die Dunkelmänner verurteilt, die sich mitschleppen lassen und ernten, wo sie nicht gefast haben. Er wird gut tun, künftig unter seine Agitationszirkulare die Worte zu setzen: Handelt nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Werken.

Was Herr Friedrich Blau sich noch bezüglich der Streifbruchlegitimationen aus den Fingern saugt, verdient keiner Würdigung, deshalb wird er aber die Qualifikation zum zweiten Bundesbeamten noch nicht verloren haben.

Hört, Ihr christlichen Arbeiter! Wie vielen Witwen durch die Reichsversicherungsordnung mitgespielt wird, dafür folgender Beweis:

Die Witwe A. T., Redlinghausen, hatte, da ihr Mann am 4. April 1912 gestorben war, am 21. Juni einen Antrag auf Witwengeld und Waisenrente gestellt. Darauf erhielt sie von der Landesversicherungsanstalt Westfalen folgenden Bescheid:

„Ihr am 21. Juni 1912 bei dem dortigen Bürgermeisterrat eingebrachter Antrag auf Waisenrente und Witwengeld muß zurückgewiesen werden. Gemäß Artikel 71 des Einführungsgegesetzes zur Reichsversicherungsordnung haben keinen Anspruch auf Fürsorge nach dem 4. Buch der Reichsversicherungsordnung die Hinterbliebenen solcher Versicherten, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben oder die an dem genannten Tage im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähig-

feit wiedererlangt zu haben. Ihr Mann war seit dem 22. Dezember 1911 dauernd erwerbsunfähig und ist am 4. April d. R. gestorben. Die gesetzlichen Bestimmungen gestatten somit nicht, Ihrem Antrage Folge zu leisten."

So, das war Zentrumssarbeit in der Beratung der Reichsversicherungsordnung. Bei dieser christlichen Partei können die betrogenen Witwen und Waisen sich bedanken für ihr Unglück.

Schreien für christliche Schreier! Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Zentrum sich alle Mühe gibt, bei den Klagen über die Steuerung alle Schuld auf den Zwischenhandel zu schieben. Nun ist es selbstverständlich nicht von der Hand zu weisen, daß der Zwischenhandel einen Teil dieser Schuld trägt; aber wenn es sich darum handelt, durch die Genossenschaftsbewegung überflüssigen Zwischenhandel auszuscheiden oder preisregulierende Wirkungen auszuüben, oder wenn es gilt, weitreichende kommunalpolitische Betätigung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zu erreichen, dann ist es gerade das Zentrum, das solche Maßnahmen vereitelt. Die christlichen Arbeiter, die vor wenigen Jahren noch in großer Masse heftig gegen die Zollpolitik demonstrierten, riskieren heute deraufes überhaupt nicht mehr. Sie tanzen nach der Zentrumspeife und schimpfen auf den Zwischenhandel.

So hatte es auch das christliche Gewerkschaftsstatell in Siegen gemacht, als die dortige Fleischereinung die Fleischpreise erhöhte. Auf die Vorwürfe des Partells antwortet die Fleischereinung durch eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

"Daß die hohen Fleischpreise von den Arbeiterfamilien doppelt unangenehm empfunden werden, geben wir gerne zu und wird von uns am meisten bedauert. Die Schuld hieran ist aber nicht bei den Metzgern zu suchen, sondern allein auf den vorhandenen Viehmangel und auf die hohen Viehpreise zurückzuführen. Der Arbeiterorganisation können wir daher nur empfehlen, sich wegen Ermäßigung der Fleischpreise an die richtige Stelle zu wenden, die allein für die jetzige Höhe des Schlachtviehpreises verantwortlich gemacht werden kann.

Dann verdient ferner noch hervorgehoben zu werden, daß ohne das dänische Vieh, welches seit sieben Jahren von dort bezogen wird, es den hiesigen Metzgern erst recht nicht möglich wäre, das Fleisch zu den heutigen Preisen zu liefern. Von diesem Vieh darf nun aber seit vorigem Jahre, und darin liegt wiederum eine große Schädigung des Metzgergewerbes, das bei der Untersuchung im hiesigen Schlachthof für minderwertig befundene nicht mehr wie früher, der Freibank überwiesen und noch verwertet werden, sondern es muß ganz vernichtet werden. Der Vieferant erhält aber für ein solches Tier denselben Preis wie für ein gesundes. Auf einen Abzug läßt er sich nicht ein, und es entstehen den Metzgern durch die Vernichtung solcher Tiere große Verluste.

Und daß die erst in Aussicht stehende gute Ernte — die meisten Feldfrüchte befinden sich noch draußen — noch keinen Einfluß auf das Schlachtvieh ausgeübt haben kann, liegt doch auf der Hand. Ja, gerade durch die in Aussicht stehende gute Ernte tritt das Gegenteil ein, indem das vorhandene Vieh zuerst noch festgehalten wird, weil Futter für dasselbe genug vorhanden ist."

Mögen sich die christlichen Schreier diese Ausführungen hinter den Spiegel jucken!

Vom wirtschaftlichen Kampfplatz.

Mit Karabiner zur Unterdrückung eines Streiks. Daß Polizei und Gendarmerie bei Streiks nicht die Aufgabe haben, die sogenannte Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten oder die unschuldigen Streikbrecher zu schützen, trat oft genug in eklatanter Weise zutage. Daß den Polizisten diese Absicht, ohne weiteres Partei gegen die Streikenden zu nehmen, innewohnt, war nach ihrem Tun leicht erkennbar. Zweifelhaft war bisher nur noch, ob sie von ihrer vorgesetzten Behörde direkt dazu beordert wurden. Dieser Beweis ist wohl durch folgendes Schriftstück erbracht:

Zusterburg, 4. 9. 12.

U. R. Dem Fuhrwächter Penstl.

Sie werden hiermit nach Tilfit zur Unterdrückung eines Streiks kommandiert. Meldung beim Oberwachmeister Behling in Splitter. Karabiner ist mitzubringen. Antritt des Kommandos sofort nach Empfang dieses Befehls. Ihre Vertretung übernimmt der berittene Wachtmeister Wörlch.

Bierstowski, Oberwachmeister.

Mit dem Karabiner zur Unterdrückung des Streiks kommandiert! Ein solches Kommando wird nicht vereinigt dastehen, nur zufällig kam dieses an die Öffentlichkeit. Ist es da ein Wunder, wenn bei den kleinsten Streiks und bei den geringsten Anlässen Streikende einfach über den Haufen geschossen werden? Wie kann der Polizist, Gendarm und Soldat nach streng militärischem Drill seine Aufgabe anders auffassen, wenn er zur Unterdrückung des Streiks mit dem Karabiner kommandiert wird?

Dafür zahlen also die deutschen Steuerzahler ihr sauer verdientes Geld zur Erhaltung der Sicherheitsmannschaften, um bei Ausübung des ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts auf Kommando über den Haufen geschossen zu werden.

Der heilige Arbeitswillige. Auf die Kundfrage des Handelskammertages hat sich nunmehr auch die Pfälzische Handelskammer für einen besseren Schutz der Arbeitswilligen erklärt. In der Debatte führte der millionenreiche Ziegeleibesitzer, Mitinhaber des „unparteiischen“ „General-Anzeiger“ für Ludwigshafen und Aufsichtsrat eines halben Dutzend Aktiengesellschaften, Kommerzienrat Ludovici-Ludwigshafen, u. a. aus:

„Der gegenwärtige Zustand schreit zum Himmel. Wer wird denn von den strafgesetzlichen Bestimmungen getroffen? Nur unordentliche Menschen, Gefindel und Agitatoren. Die Arbeitswilligen müssen in Zukunft besser geschützt werden, und wenn es Blut kostet. Der Arbeitswillige ist eine heilige Person, er muß geschützt werden, koste es, was es wolle!“

Also eine heilige Person ist der Streikbrecher, der seinen anspendenden Mitarbeitern in den Rücken fällt, und er muß geschützt werden und wenn es Blut kostet. Heber Augen-

weiter in den eigenen Reihen sind die Scharfmacher allerdings anderer Meinung.

Das an anderer Stelle wiedergegebene Kommando aus Zusterburg nach Tilfit, zur Unterdrückung des Streiks mit dem Karabiner, findet sicher den vollen Beifall des Herrn Kommerzienrats Ludovici. So finden sich die Scharfmacher und die Hüter der Ordnung in trautem Einverständnis gegen die um bessere Verhältnisse ringenden Arbeiter: und wenn es Blut kostet!

Soziales.

Was uns die Junker kosten. Als eine kleine Probe dafür, was dem Volke die Junker kosten, denen zuliebe die Ausfuhrprämien- und Liebesgabenpolitik praktiziert wird, dafür ein paar Beispiele. Im letzten Erntejahr (1911/1912) betrug die Ausfuhr von:

Table with 2 columns: Grain type and quantity. Includes Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Roggenmehl, and Weizenmehl with their respective quantities in Dm and Mt.

Bei Mehl rechneten wir mit einer Ausbeute von 70 Proz. Insgesamt sind demnach für die Ausfuhr auf Getreide im letzten Erntejahr 118 915 909 Mt. sogenannte Rückvergütungen aus der Reichskasse gezahlt worden. Gräulich daher, daß für soziale und Kulturzwecke kein Geld vorhanden ist. Das Wohl der Junker geht vor. —

Mehr Pferde- und Hundfleisch, weniger Bier. Unter dieser Ueberschrift wird der „Täglichen Rundschau“ aus Dresden berichtet: „Sehr traurige Zahlen enthält die Statistik des Fleischverbrauchs in unserer Stadt. Seit 1898, also seit 14 Jahren, hat der Verbrauch von Pferde- und Hundfleisch ständig zugenommen. Nach dem „Statistischen Jahrbuch der deutschen Städte“ wurden geschlachtet: 1898: 1339 Pferde und 82 Hunde; 1903: 1596 Pferde und 158 Hunde; 1905: 1554 Pferde und 165 Hunde, und 1909: 1664 Pferde und 125 Hunde. — Wie der Fleischverbrauch in einem einzigen Jahre zurückging, erzieht man aus den monatlichen Heften des statistischen Amtes der Stadt Dresden. Ende Juli 1911 kamen auf den Kopf der Bevölkerung insgesamt 4,36 Kilogramm vollwertigen Fleisches, 1912 nur noch 3,98 Kilogramm auf den Kopf, also fast 400 Gramm weniger. Der Bierverbrauch ist gleichfalls sehr stark zurückgegangen, was ebenfalls darauf schließen läßt, daß die Bevölkerung sich einschränken muß. Er sank von 618 790 Hektoliter Lager- und Doppelbier im Jahre 1903, wo er am höchsten war, auf 538 824 Hektoliter im Jahre 1909.

Das ist das Resultat unserer schwarzblauen Zoll- und Wirtschaftspolitik, die von den christlichen Arbeiterwählern unterstützt und gefördert wurde.

Arbeiterversicherung.

Die Belastung Deutschlands und Englands durch die Sozialpolitik. Die Worte, die Prof. Bernhard von der Berliner Universität auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf im März dieses Jahres über die Fortführung der deutschen Sozialpolitik sprach, erregten damals peinliches Aufsehen. Der Medner, früher selbst ein eifriger Sozialpolitiker, wandte sich gegen das angebliche Uebermaß der sozialen Fürsorge, zu dem wir in Deutschland gelangt seien, das den Arbeiter zur Verantwortunglosigkeit und Achtenhygiene erziehe und die Arbeitgeber in ihrer Unternehmungslust lähme, indem es sie durch die zu großen aufgebürdeten Lasten gegenüber dem Auslande konkurrenzunfähig mache.

Der bekannte Statistiker Prof. Dr. E. Wallod hat nun diese Uebersetzungen des Berliner Professors zum Anlaß einer Untersuchung genommen, die sich mit der Belastung Deutschlands und seines ältesten und größten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, Englands, durch die Sozialpolitik beschäftigt. Englands Sozialpolitik ist jünger als die Deutschlands: sie ist erst ein Produkt der letzten Jahre. Aber mit dem Eifer des Nachfolgers hat England sofort gemeint, seinen Vorgänger in seinen Leistungen noch übertrumpfen zu müssen. Die schon lange bestehende Haftpflichtversicherung der Unternehmer, die unserer Unfallversicherung entspricht, wird wie diese natürlich von den Arbeitgebern getragen. Die Kosten der im Jahre 1911 in Kraft getretenen Altersversicherung trägt allein der Staat, während bei der bereits vom Parlament beschlossenen, aber noch nicht eingeführten Krankenversicherung die Unternehmer 2/3, der Staat 1/3 und die Arbeitnehmer 1/3 beizusteuern haben.

Sehen wir zunächst einmal von dieser letzten, erst in Zukunft eintretenden Belastung ab, so ergibt sich folgendes Verhältnis der beiden Staaten:

Table comparing social security costs between Germany (1909) and England (1909) in million marks per head of population. Categories include Unfall- u. Haftpflichtversicherung, Alters- u. Invaliditätsversicherung, Private Volksversicherung, and Zusammen.

*) Seit 1911.

Hiernach wären also, wenigstens seit dem letzten Jahre, die englischen Unternehmer, gemessen an der Kopfgahl der Bevölkerung, etwa dreiviertel so stark belastet wie die deutschen. Bei den Arbeitnehmern wäre die Belastung ziemlich die gleiche, während der Staat, unter Hinzurechnung der Armenlasten, in England ungefähr den fünffachen Betrag des in Deutschland aufgewendeten für soziale Verpflichtungen zu zahlen hätte. Die vom gesamten Volke zu tragenden Lasten der sozialen Fürsorge sind pro Kopf in England um die Hälfte größer wie in Deutschland.

Mit dem in Wälde bevorstehenden Inkrafttreten des Krankenversicherungsgejetzes verdschiebt sich dieses Verhältnis noch wesentlich. Die Belastung der Unternehmer erhöht sich durch dieses Gesetz um 367 Millionen Mark oder um 8 Mt. pro Kopf, die des Staates um 233,8 Millionen Mark oder 5,2 Mt. pro Kopf. Die englischen Unternehmer werden also in Zukunft eine relativ doppelt so hohe Belastung zu tragen haben wie die deutschen, während für den Staat die sozialpolitischen Lasten pro Einwohner sogar sechs- bis siebenmal so hoch sein werden wie bei uns.

Man könnte vielleicht gegen die hier von Wallod aufgestellte Berechnung einwenden, daß England eine weit größere Arbeiterbevölkerung (relativ) hat als Deutschland, weshalb nicht die Umrechnung auf den Kopf der Bevölkerung, sondern auf den Kopf des Arbeiters die richtigere wäre. Man würde dabei zu einer etwas niedrigeren Belastung der englischen Arbeitgeber kommen, als in obiger Berechnung angegeben. Immerhin würde das nichts an der Tatsache ändern, daß in aller nächster Zukunft der englische Arbeitgeber einen weit höheren Betrag für die Sozialpolitik aufzuwenden haben wird, als der deutsche. Auch die höheren Beiträge der englischen Arbeiter zu den Gewerkschaftskassen und an die statistisch nicht voll erfassbaren „Friendly Societies“ müssen in letzter Linie ja von den Unternehmern getragen werden, da eben der englische Arbeiter durch diese mannigfachen Verpflichtungen gezwungen ist, höhere Löhne zu fordern und sie auch erhält.

Mit Recht wendet sich Prof. Wallod voll Entpörung gegen die Zumutung, daß Deutschland gerade in dem Augenblick, in dem England im Interesse seiner Volksgesundheit so schwere neue Lasten auf sich nimmt, die seinen erleichtern solle. Er weiß die Leute, die so gern bereit sind, für die militärische Stärkung des Volkes jedes Opfer zu bringen, darauf hin, daß in einer Reihe von Städten die militärische Lauglichkeit in bedenklichem Grade sinke, daß der Geburtenrückgang der letzten Jahre uns ebenfalls mit einem Rückgange der Volkskraft und Volksmacht in der Zukunft bedrohe und fährt dann fort: „Angehts all dieser Fragen über die sozialpolitische Belastung zu klagen, erscheint vom wissenschaftlichen Standpunkte nicht gerechtfertigt, solches wäre höchstens zu erwarten von Vertretern einer Krämmerpolitik, die aber noch stets den Staaten und Völkern, die von ihr nicht lassen konnten, den Untergang gebracht hat.“

Polizeiliches, Gerichtliches.

„Lästig“. Während des Streiks der Ruhrbergleute feierte auch der österreichische Bergarbeiter Zuber aus Horstermark. Mit einem arbeitswilligen Sakreowski bekam er Hausfreit. Dieser rannte sofort zur Polizei und erstattete Anzeige, daß Frau Zuber „Pju!“ gerufen habe. Zuber erhielt 20 Mt. Geldstrafe und wurde auf Grund dieser Strafe mit seiner 11köpfigen Familie aus Preußen ausgewiesen. Von den 9 Kindern ist das älteste geboren am 27. März 1899.

Wir leben in einem Kulturstaat.

Merkwürdige Hausfriedensbrüche. Im Frühjahr dieses Jahres fand in Nadeburg i. Sa. ein Lohnstreik der Ziegeleiarbeiter statt. Bei dieser Bewegung kamen hauptsächlich zwei Betriebe in Frage, die ungefähr 25 Minuten von der Stadt nebeneinanderliegen. Am 17. April war eine Versammlung geplant, die aber aus verschiedenen Gründen erst am Abend des 18. April stattfinden sollte. Um dies den Arbeitern der einen Ziegelei mitzuteilen, begab sich der Bevollmächtigte des Ziegeleiarbeiterverbandes mit dem Arbeiter M. während der Mittagsstunde in das Grundstück und ließ sich den Arbeiter S. aus dem Maschinenhaus holen, um ihm die betreffenden Mitteilungen zu machen. Die Unterredung hatte nur einige Minuten gedauert. Dies war der Verwaltung der Ziegelei zu Ohren gekommen, die daraufhin Strafantrag wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs stellte. Das Schöffengericht Nadeburg erkannte auch gegen die beiden Sünder auf je eine Woche Gefängnis.

Ebenso wie den beiden Vorgenannten war es den beiden Ziegeleiarbeitern M. und G. ergangen. Auch sie waren am dem genannten Tage während der Mittagszeit von ihrer Ziegelei herüber in die andere, nur auf einem andern Komplex, gegangen, um den Kollegen drüben Mitteilungen vom Stande der Sache zu machen. Beide gehörten zur Lohnkommission und hatten am Vormittag desselben Tages mit ihren Unternehmern verhandelt, wobei ihnen eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. pro Stunde zugesichert worden war. Als sie in der andern Ziegelei ankamen, war schon der Ziegeleimeister L. abwesend, der M. und G. hinauswies. Beide gingen sofort. Auch gegen diese beiden Arbeiter wurde Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt, und hier erkannte das Nadeburger Schöffengericht auf je zwei Wochen Gefängnis. In den Urteilsbegründungen des Schöffengerichts wurde gesagt, daß die Angeklagten wußten (?), daß sie ein Recht zum Betreten des Terrains nicht gehabt hätten, sie wußten, daß ihre Anwesenheit an diesem Tage dem Besitzer unbehagen gewesen sei. Der Vorplatz, wo die Angeklagten M. und G. mit S. verhandelt hätten, sei als Geschäftszweck (!) anzusehen. In der zweiten Urteilsbegründung heißt es noch: „Es sei schon der Umdank, bei solcher Gelegenheit dorthin zu gehen, wo ihnen jahrelang Brot gegeben worden.“ M. hat 14 Jahre und G. vier Jahre bei Straf gearbeitet, und nie ist früher ein Verkehr zwischen den Leuten der beiden Werke in den freien Stunden verboten gewesen.)

Gegen diese Urteile wurde Berufung eingelegt. Die Angeklagten bestritten, Hausfriedensbruch begangen zu haben, seit Jahren gehen die Arbeiter der beiden Werke herüber und hinüber und besuchen sich. Auch der als Zeuge anwesende Ziegeleimeister konstatierte, daß seinerseits gegen solchen Besuch nie eine eingeschritten sei. Die Berufung im ersten Falle hatte den Erfolg, daß das Urteil erster Instanz aufgehoben und die Angeklagten zu je 20 Mt. Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis verurteilt wurden.

Nach der Urteilsbegründung hatten sie tatsächlich Hausfriedensbruch begangen, es habe ihnen aber in diesem Falle die Strafbarkeitseinsicht gefehlt und deshalb sei das

Gericht auf Grund der neuen Strafgesetznovelle vom 5. Juli zu einer milden Strafmessung gekommen. Sie hatten aber die Kosten beider Instanzen zu zahlen, da sie ihre Berufung im vollen Umfange aufrecht erhalten hatten.

Wichtig ist durch diese Urteilsbegründung beschränkten die Angeklagten der zweiten Verhandlung, M. und G., ihre Berufung nur auf die Strafhöhe. Auch hier wurde das erste Urteil (2 Wochen Gefängnis) fassiert und jeder der Angeklagten zu 20 Mk. Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Begründung war wie oben, nur wurden hier die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin O. 27, Schillerstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Königsstadt 275.

Diese Woche ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Auskunft.

Johann Georg Sorg, geb. 15. 5. 1879 in Rothenburg o. T. Um den Aufenthalt desselben ersucht M. Ebel, Verbandsvorsitzender.

Mitgliedsbücher abzurufen.

Die Mitgliedsbücher der Kollegen: Karl Bornmeier, Müller, Buch Nr. 73-138, eingetreten 1. 8. 1912 in München, zuletzt in Nupberg tätig, und Georg Dürrer, Müller, Buch Nr. 64-694, eingetreten am 21. 8. 1912 in Nürnberg, zuletzt in Oeslau bei Coburg tätig, sind vom Kollegen Adam Weid in Coburg, Gultstr. 14b I, abzurufen.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Joseph Kölle, Brauer, Buch Nr. 24-613, geb. zu Zell, eingetreten 1. September 1909 in Weislingen. Kollege Kölle hat ein Duplikat erhalten; nur dieses hat Gültigkeit.

Verstorbene Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut auszuhaltenden Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.)
 Aufbruch: Ernst Dreßler, Wötcher, 64 Jahre (75 Mk.); Worms: Andreas Müller, Wötcher, 34 Jahre (60 Mk.); Elmshorn: Gustav Matijische, Hilfsarbeiter, 52 Jahre (60 Mk.); Berlin: Adolf Christ, Brauer, 40 Jahre (90 Mk.); Gustav Pappe, Brauer, 41 Jahre (90 Mk.) und Hermann Matijicholl, Jahner, 51 Jahre (75 Mk.).
 Unbezahletes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Ehefrau: Branne-Halberstadt 15 Mk.; Bode-Einbeck 25 Mk.; Reiffendorf-Düffeldorf 15 Mk.

Eingänge der Hauptkasse vom 23. bis 29. September.

Fürstenwalde 2,10; Straßburg i. Elz 17,10; Berlin 3,-; Rudolstadt 70,-; Witten a. Ruhr 100,-; Nischaffenburg 11,10; Worms 2,10; Saugau 2,10; Garburg 400,-; Landskühl 100,-; Pfungstadt 2,40; Erlangen 10,-; Berlin 77,28; Stralsund 7,-; Hagen i. Westf. 2,10; Wusterhausen 13,-; Berlin 25,-; Dortmund 500,-; Schivelbein 6,50; Kiel 2,40; Halle 1118,12; Sonneberg 150,-; Leipzig 8,10; Niesfeld 3,20; Postabonnenten für 3. Quartal 347,10; Hamburg 2,10 Mk.

Materialverwand.

Berlin 2500 Mitgliedsbücher. Mannheim 100 Mitgliedsbücher. Wittenberge 15 Mitgliedsbücher, 100 Marken a 50 Pf. und 200 Marken a 30 Pf. Würzburg 25 Mitgliedsbücher, 1000 Marken a 50 Pf. und 200 Marken a 30 Pf. Augsburg 1000 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf. Hamm i. Westf. 20 Mitgliedsbücher. Kulmbach 2000 Marken a 50 Pf. und 800 Marken a 30 Pf. Göttingen 2000 Marken a 50 Pf. Alen 1200 Marken a 50 Pf. Nieserleben 600 Marken a 50 Pf. Jena 10 Mitgliedsbücher. Königsberg 800 Marken a 30 Pf. Culum i. Oppr. 800 Marken a 30 Pf. München 200 Mitgliedsbücher. Braunshweig 50 Mitgliedsbücher.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Hagen. Vorsitzender ist ab 1. Oktober Karl Ade, Talstraße 42 IV. Unterstützungszahler für durchreisende Kollegen ist Arthur Wajchista, Körnerstr. 102.
 Halle. Kassierer Seeger, Sternstr. 6. Unterstützung wochentags von 6 bis 7 Uhr.
 Zwickau. Dringende Aufforderung. Der Müller Wilhelm Pfeffel, geb. 4. August 1886 zu Eisleben, wird hiermit wiederholt aufgefordert, die aus der Gewerkschaftsbibliothek Zwickau entliehenen zwei wertvollen Bände einzuliefern an den Vorsitzenden Z. Schöler, Zwickau, Glauchauer Str. 70 II. Die Kollegen wollen Pfeffel's Adresse an Obigen mitteilen.

Versammlungsanzeigen.

Donnerstag, den 3. Oktober.
 Bremerhaven. 8 1/2 Uhr: „Gasthof zur Eiche“.
 Weimingen. 8 1/2 Uhr: „Grüner Baum“. Referent: Käppler-Berlin.
Sonntag, den 5. Oktober.
 Ammerham. 8 Uhr: „Hof van Holland“, Rembrandtplein.
 Arzberg. 8 Uhr: „Schlottenhof“.
 Düren. 8 1/2 Uhr: „Vereinslokal“.
 Guben. 8 1/2 Uhr: „Deutsches Haus“. Referent: Lutz-Hamburg.
 Hof. 8 Uhr: „Delsnißer Hof“.
 Ingolstadt. 7 1/2 Uhr: „Lokal zur Farbe“.
 Liegnitz. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“, Hinterbleiche.
 Pöchl. 8 Uhr: „Königshof“.
 Rastatt. 8 Uhr: im „Anker“.
 Schwesingen. 8 1/2 Uhr: „Zum Feljen“.
Sonntag, den 6. Oktober.
 Nischaffenburg. 10 Uhr vorm.: „Gasthaus zum Hirschen“.
 Bonn, Geriel, Siegburg, Oberassel. Vorm. 10 1/2 Uhr: bei Hartmann, Wilhelmplatz in Bonn.
 Bielefeld. 5 Uhr: „Kleiner Stadtpark“, Obere Karlstr. 17.
 Celle. 3 1/2 Uhr: bei Knop, Frikentwiese 6.
 Coburg. 2 Uhr: „Neue Welt“.

Crimmitschau. 3 Uhr: „Herberge zur Heimat“, Johannisplatz.
 Donaueschingen. 2 Uhr: „Gasthof zur Schmiede“.
 Einbeck. 2 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
 Egerleben. Vorm. 10 Uhr: bei Reine.
 Schw.-Gmünd. 2 Uhr: „Molen Tschien“.
 Hildesheim. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
 Meiningen. 2 Uhr: „Zieglerbräu“.
 Müden. 3 1/2 Uhr: bei Beutemann.
 Moosburg. Vorm. 10 Uhr: „Hirschenbräu“.
 Nurnau. „Gasthaus zum Feinscher“.
 Donabrüd. Vorm. 11 Uhr: bei Hengst.
 Potsdam. 7 1/2 Uhr: Vereinslokal, Kaiser-Wilhelmstr. 38.
 Regensburg. Vorm. 10 Uhr: bei Gradl, Untere Bachstraße.
 Siegen. 4 Uhr: „Deutsches Haus“, Bahnhofstr.
 Stolp. 3 Uhr: bei Puttkammer, Mittelstraße.
 Speyer. 2 Uhr: „Kleiner Storchenteller“.
 Thale. 4 Uhr: „Reichstanzler“.
 Tilschburg. Bei Weber, am Bahnhof.
 Wanne. 3 Uhr: bei Homburg, Schulstr. 21.
 Wernigerode. 3 Uhr: „Volksgarten“. Unorganisierte mitbringen.
 Zeitz-Pegau. 3 Uhr: in Pegau.
 Zerbst. 4 1/2 Uhr: bei Liebenau.

Montag, den 7. Oktober.
 Virmasens. 8 1/2 Uhr: bei Käfer, Rodalbergerstr. 16.
 Dienstag, den 8. Oktober.
 Rathenow. 8 1/2 Uhr: im Versammlungslokal (Herberge).
 Mittwoch, den 9. Oktober.
 Ploß. 8 Uhr: „Warnowhalle“.
 Sonnabend, den 12. Oktober.
 Alenburg. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
 Kaiserlautern. 8 Uhr: „Fröhliche Pfalz“, Marktstr. 16.
 Sonntag, den 13. Oktober.
 Bernburg. 3 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Vortrag.
 Förschendorf. 3 Uhr: bei Jungf.ung.
 Weislingen. 2 Uhr: bei Ortman.
 Halle. 4 Uhr: „Volkshaus“. Referent: Arbeitersekretär Alceis.
 Hameln. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
 Garburg a. E. 3 Uhr: bei Dringelburg.
 Luxemburg. „Café van Werfch“.
 Solingen. 4 Uhr: bei Rehbein.
 Ohligs. Düffeldorf Straße.

Insertionspreis

für Mitglieder und Zahlstellen: Glückwünsche und Dankjagungen kosten vom 1. Oktober ab mindestens 3 Mk., über 6 Zeilen jede weitere Zeile 50 Pf. Nachrufe und Dankjagungen kosten mindestens 2,70 Mk.; über 9 Zeilen jede weitere Zeile 30 Pf.

Nachruf.

Am 25. September verschied nach langem Leiden unser Kollege Wilhelm Sorgenfrei im 39. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken.

Zahlstelle Kiel.

Nachruf.

Unser braver Kollege Andreas Schüt ist am 21. Sept. im Krankenhaus zu Maulbronn durch den Tod von seinem langwierigen Leiden erlöst worden. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen.

Unserem Kollegen Daniel Schulze und Fräulein Emma Siebert sowie Bernhard Meyer und Fräulein Martha Schröder zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Das Personal der Genossenschaftsbrauerei Walsenburg i. Schlesien.

Unserem Kollegen Karl Poggensee u. Fräulein Emma Heiborn zur Vermählung am 5. Oktober die herzlichsten Glückwünsche. Die Hilfsarbeiter der Bavaria-Brauerei, Hamburg.

Unserem Kollegen Andreas Holzmann und Heinrich Krumenacker nebst Frauen die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Verbandskollegen der Brauerei Schwarz, Speyer.

Herzlichen Glückwünsch unserem Vertrauensmann Alfred Rineck und Fräulein Meta Döller zur Vermählung. Die organisierten Kollegen der Vereinigten Brauerei, Meiningen.

Unserem Schriftführer Alfred Rineck und Fräulein Meta Döller zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Meiningen.

Unserem Kollegen Dionys Döring und Fr. W. Methner zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Verbandskollegen der Volken-Brauerei Hamburg-Altona.

Gesucht wird

Joseph Mathä, Brauer, von Baitrach, Nieder-Österreich. Sein Aufenthalt ist zu melden an Zentralkomitee B. u. L. G. Zwickau III, Volkshaus.

Brauereiarbeiter

suche ich an jed. Ort, die Vertriebs erhalt. Artikel nebenbei übernehmene. Hoh. Verd. Zusl. soj. l. o. c. Fern. Wolf, Zwickau i. S., Nordstr. 30.

Gehr. Wittber, Copf i. Pina. Fabrikation der seit 40 Jahren bekannten Chemnitz Holzschuhe, hohe mit Schnalle und niedrige, Maßergantoffeln und wasserdichtes Ledersehl.

Unserem Kollegen Eugen Lettler nebst Frau Gretchen zur stattgefundenen Hochzeitsfeier die besten Glückwünsche. Die Kollegen des Bürger-Bräu, Dortmund.

Stoffe

direkt an Private zu Majügen, Paletots, Hoien. Stets das Neueste in prachtvoller Auswahl; durch enorme Preisunterschiede große Ersparnisse! — Machen Sie einen Versuch, ich sende Muster sofort kostenlos und ohne Kaufzwang.

Tuchausstellung Emil Hohlfeldt

Dresden 6.

Mitglieder des Verbandes der Brauerei- und Mälzearbeiter erhalten 10% Rabatt.

Brauer Deutschlands!

Prima Lederhose mit Lederfaschen 8,50, Weste 4,50, Jackett mit warmen Futter 16 Mk. Lederhose III (Drachtgewebe) mit Lederfaschen 6,50, Weste 3,50, Jackett 12 Mk. Lederhose (Sorte II) 5,50, Weste 3, Jackett 11 Mk. Manchester (Sorte I). Hose mit Lederfaschen 8,50, Weste 4,50, Jackett 16 Mk. Manchester (Sorte II). Hose mit Lederfaschen 7, Weste 3,50, Jackett 14 Mk. Versendet nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes. Schnittlänge und Brustweite genügt für guten Sitz. Bei Bestellungen von 10 Mk. an frei ins Haus. Katalog frei.

Emil Hohlfeldt, Spezialfabrik für Berufskleidung, Dresden N., Ritterstr. 2 u. 4.

Dem Kollegen Joseph Burkard und Frau Josephine zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Saugau-Aulendorf.

Unserem langjährigen Vorsitzenden, Kollegen Hans Schmid, zu seinem neuen Unternehmen in Dortmund viel Glück. Zahlstelle Hagen i. W.

Neu! Garantie Modell 1912-13 Neu!
 Für Brauer das Beste!
 Auch Gummizug- u. Schaffstiefel usw. Von 2 Paar an franko.
 Verlangt Katalog! — Kollegen als Wiederverkäufer gesucht.
 Viele Anerkennungs schreiben.
 Josef Urban, Köstling, N.-B. à Paar 4 Mk.



Michel'sche Brauerehranstalt
 Brauerei mit Kühlmaschine. Programm kostenlos. Winterkurs Beginn 4. November. — Privatinstitut. Praktikantenkurse jeder Zeit. München X.
 Bes. u. Direktor Ernst Hinterlach.

Der vollendetste Brauerschuh der Gegenwart.
 D. R. G. M. Nr. 511 797.
 Modell 1912 Fax, wie Abb. per Paar 3,80 Mark
 Mit Leder bes. Eisen u. Nägel „ „ 4,80 „
 Georg Herr, Holzschuhfabrik Frankfurt a. M. Gelnhäusergasse 5
 Von 2 Paar an 1/2 franko. Neue Preisliste gratis. Fersenschoner Paar 75 Pf.



Verbands-Notizkalender für 1913
 ist zum Versand fertiggestellt
Die Zahlstellen werden um baldige Bestellung ersucht.
 Die größeren Zahlstellen, welche 200 oder mehr Kalender abgeben können, werden um sofortige Aufgabe der Bestellung ersucht, weil nach diesen Orten der Versand per Frachtgut gleich von der Buchbinderei aus erfolgen soll.

Vom **Protokoll des 18. Verbandstages** sind noch eine Anzahl Exemplare vorrätig.
 Von den Kollegen, die noch nicht im Besitze des Protokolls sind, wird **schleunigste Bestellung** bei ihrer Zahlstellenverwaltung erwartet, damit die noch vorhandenen Exemplare ihre Verwertung finden und mit dem Vorrat aufgeräumt werden kann.